

Posener Zeitung.

Siebzehnter Jahrgang.

Das Abonnement auf dies mit Annahme der Sonntags täglich erscheinende Blatt kostet vierthalb für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Mr. 82.

Dienstag, 18. Februar
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Die bevorstehende Reichstagsession.

Berlin, 17. Februar. Noch befindet sich der preußische Landtag mitten in voller Arbeit und schon steht am anderen Ende der Leipzigerstraße der Reichstag an die Pforten der parlamentarischen Arena. Es ist nicht bloß die Fülle gesetzgeberischer Aufgaben, welche das parlamentarische Leben so beschwerlich macht, vorzugsweise entsteht die Arbeit dadurch, daß wir zwar Parlamente, aber keine parlamentarische Regierung haben. Die Regierung entwirft ihre Gesetze zunächst so, als wenn gar kein Parlament bestände; erst in mühsamer parlamentarischer Arbeit müssen die Entwürfe umgearbeitet werden, bis sie einen dem Willen beider gesetzgebenden Faktoren entsprechenden Inhalt bekommen. Wie viel Arbeit hat es dem preußischen Abgeordnetenhaus gekostet, die Kreisordnung so weit zu bringen; wie viel Verhandlungen sind in der letzten Zeit notwendig gewesen, dem Camphausen'schen Steuergesetz eine annehmbare Gestalt zu geben? Der Reichstag hat mehrere Jahre hindurch ein Reichsbeamtenrecht durch Kommissionen berathen lassen. Nach sieben Plenarsitzungen kam endlich dieses wichtige organische Gesetz zu Stande. Nun aber wirft es der Bundesrat in den Papierkorb, weil dem Fürsten Bismarck mehrere Bestimmungen über Verantwortlichkeit der Beamten nicht passen. In sechs Sitzungen hat der Reichstag in der vorigen Session nach vorausgegangener Kommissionsberatung einen Gesetzentwurf über den Rechnungshof berathen. Der Bundesrat aber wirft das Gesetz in den Papierkorb, weil er leicht auf Verstöße der Verwaltung gegen Finanzvorschriften zur Kenntnis des Reichstages gebracht haben will. Die Aussicht, über alle diese Dinge, nun die Verhandlungen und den Streit wieder auf's Neue beginnen zu müssen, wirkt nicht gerade belebend auf die Abgeordneten für die kommende Session. Auf dem Gebiet volkswirtschaftlicher Gesetzgebung haben Reichskanzler, Bundesrat und Reichstag bisher noch am Erfolgreichsten zusammengetragen. Auch hier droht die Gesetzgebung jetzt in's Stöben zu gerathen. Das Apothekenrecht kann nicht fertig werden. Über das Versicherungsgesetz bestehen Meinungsverschiedenheiten schon innerhalb des Reichskanzleramts. Hinsichtlich des Bankgesetzes gehen die Ansichten zwischen dem Chef der preußischen Bank und Herrn Michaelis auseinander. Kaum tröstlicher sieht es auf dem Gebiete der Justizgesetzgebung aus. Endlich, meinte man, nach fünfjährigen Vorarbeiten werde nun doch die neue Civil-Prozeßordnung zu Stande kommen. Aber die Civil-Prozeßordnung hängt von der Gerichts-Organisationsordnung ab und über die letztere sind die verschiedenen deutschen Justiz-Minister zu einer Einigung noch nicht gelangt. Die neue Straf-Prozeßordnung wird jetzt erst den Bundesregierungen zur Begutachtung mitgetheilt. Nach dem Schicksal des Reichsbeamtenrechts ist übrigens auf diesem Gebiet noch weniger eine Einigung zwischen Bismarck und Reichstag zu erwarten. Das Bremgesetz hängt wieder mit der Strafprozeßordnung eng zusammen. Dazu mußt man von Meinungsverschiedenheiten zwischen Bismarck und Eulenburg über das zulässige Maß von Freiheit. Die Kauktion soll Bismarck jetzt angeblich als Schutzmittel gegen die Klerikalen beibehalten wollen.

Eben um für Reformgesetze auf diesem Gebiete Zeit zu gewinnen, bequemte sich im Herbst 1871 die Mehrheit des Reichstages zu einem dreijährigen Militär-Pauschquantum. Die Reformgesetze aber bleiben aus; statt dessen soll das Militärpauschquantum für das dritte Jahr — gerade für dasjenige Jahr, wo es Ersparungen bringen sollte — aufgehoben werden. Die Militärverwaltung verlangt ein Mehr von 12 Mill. allein in Ordinaria. Damit scheitert denn auch jede Aussicht auf die endliche Reform der indirekten Steuern. Alle Änderungsvorschläge sind stütz auf Erleichterung der Steuerlast auf Plusmacherie zugeschnitten. Unter diesen Umständen gewinnen die Stimmen an Gewicht, welche eine alte schlechte Steuer einer neuen vorziehen, die auch nicht gut ist, abgesehen davon, daß sie der Regierung mehr einbringt. Die Opposition der Tabaksinteressenten gewinnt an Rückhalt. Die Gegner der Salzsteuer ziehen sich zurück. Während gegenwärtig das öffentliche Interesse, erfüllt von Aufgaben des Friedens, militärischen Fragen geringere Aufmerksamkeit aufwendet als je zuvor, wird der Reichstag in Versuchung geführt, auf diesem Gebiete den letzten Rest seines Einflusses preis zu geben. Das Organisationsgesetz beweist auch nach Aufgabe des Pauschquantums das Staatsrecht des Reichstages für alle Zeit unbedingt zu machen. Im hartem Kampfe widerstand der erste konstituierende Norddeutsche Reichstag dem Anfassen, die Friedensprüfungsstärke, wie sie bis Ende 1871 und später bis 1874 festgesetzt wurde, dauernd zu bewilligen. „Stellen Sie diese Biffer für alle Zukunft fest“, so führte Forckenbeck am 5. April 1871 aus, „so bedeutet das meiner Überzeugung nach Unabhängigkeit der militärischen Exekution von dem Reichstag für immer und daher zweitens in Bezug auf die Militärverwaltung Vernichtung des Budgetrechts, welches das Volk verfassungsmäßig in den Staaten Norddeutschlands hat.“ Was damals in wiederholten namentlichen Abstimmungen verworfen wurde, soll jetzt im ersten Artikel eines Militär-Organisationsgesetzes erreicht werden. Zu diesem Zwecke ist der alte Roon noch einmal auf dem Posten geblieben, für diesen Kampf mit dem Reichstage durfte er nicht „fahnensüchtig“ werden.

Wird dieser Reichstag hier so feststellen, wie der erste konstitutionelle? Werden uns die außerpreußischen Reichstagsabgeordneten das an größerer Frische erscheinen, was den aus den Landtagskämpfen ermüdeten Preußen abgeht?

Vom Geheimen Rath Wagener geht der „Nordd. Allg. 3.“ folgendes Schriftstück zu:

Es war meine Absicht, heute meine Antwort auf die Rede des Herrn Lasker vom 7. d. Mts. der Öffentlichkeit zu übergeben. Inzwischen aber ist diese Angelegenheit durch Niedersetzung der von Sr. M. dem Könige berufenen Untersuchungskommission und dem Zustimmen

Beschluß des Abgeordnetenhauses in ein neues Studium getreten. Die durch allerhöchste Botschaft eingefesteten Untersuchungskommission bildet das Forum, dem auch die Beurtheilung meiner Angelegenheit obliegt! Dieser Beurtheilung darf in keiner Weise vorgegriffen werden. Ich habe daher, wenn auch ungern, auf eine detaillierte Widerlegung der gegen mich erhobenen Anschuldigungen im Wege der Presse für jetzt verzichtet. Nur einen thatsächlichen Umstand der nicht nur meine Person betrifft, will ich nicht unterlassen, in das rechte Licht zu setzen.

Der Angriff des Herrn Lasker richtete sich bekanntlich zunächst gegen die Art und Weise, wie das Statut der pommerschen Zentralbahn in Stande gekommen und wie die Eintragung der Gesellschaft demnächst erreicht worden ist. Mit Bezug auf den ersten Punkt beschränkte ich mich auf die Bemerkung, daß wir unser Statut nach einem kurz zuvor seitens des Herrn Handels- und Justizministers revidirten und uns als Norm zugesetztes Statute redigirt haben.

Dagegen bedarf der zweite Punkt einer eingehenderen Erörterung, ebenso wie der Vorwurf, daß wir ein Statut nach dem alten Gesetz so kurz vor Inslebentreten des neuen Gesetzes uns bestätigen ließen. Nur haben wir die erste Eingabe an das Handelsministerium am 27. Mai 1869 gemacht, darauf das Statut gesetztes, Kanton und Aktivierung auf Grund dieses Statutes beschafft, die Konzeßion erbeten unter dem 28. Februar, das Statut notariell verlaubt am 23. April 1870, also zu einer Zeit als an das neue Gesetz vom 11. Juni 1870 noch gar nicht zu denken war. Dieses Gesetz ist vorgelegt am 13. Mai 1870, angenommen am 25. Mai, publiziert, am 11. Juni, in Cöln getreten am 10. Juli 1870.

Die allerhöchste Bestätigung des Statutes datirt vom 5. Juli 1870 aus Bremen, die Ausfertigung im Handelsministerium vom 12. Juli, also unmittelbar vor Beginn des Krieges.

Bei Ausbruch des Krieges war Herr Elsner von Gronow hier selbst ordentlicher Handelsrichter. Dieser zur Zeit des Übergangs vom alten zum neuen Gesetz über Aktiengesellschaften fungirende Handelsrichter hatte das ausgesprochene Prinzip, diejenigen Gesellschaften, welche vor Inslebentreten des neuen Gesetzes konzessionirt waren, nach Maßgabe der Konzessionsurkunde einzutragen, auch wenn die Eintragung erst nach dem 10. Juli nachgezählt wurde. So war nachträglich die Gesellschaft „Petroleum Lagerhof“ eingetragen, bei der von einer Beeinflussung doch nicht die Rede sein kann.

Als wir die Eintragung am 29. Juli beantragten, war der ordentliche Handelsrichter, Herr Elsner von Gronow, als Hauptmann zuerst eingesetzt, und sein provisorischer Stellvertreter, Herr Stadtgerichtsrath Wagner, verweigerte die Eintragung, weil das Statut nicht dem neuen Gesetz vom 11. Juni entsprach. Das Kammergericht schloß sich dieser Ansicht an am 15. September 1870. Wir richteten nun eine Vorstellung an den Herrn Justizminister, worin wir auf das Präzedenz der Eintragung der Gesellschaft „Petroleum Lagerhof“ hinwiesen. Der Herr Justizminister erklärte sich außer Stande, in dieser Angelegenheit etwas zu thun. Um doch auf irgend einem Wege zur Eintragung zu gelangen, beriefen wir unter dem 18. November 1870 eine Generalversammlung ausdrücklich zu dem Zweck, jene Statutenänderung vorzunehmen, welche der neue Herr Handelsrichter forderte. Diese Generalversammlung fand am 29. Dezember 1870 statt und autorisierte zu den geforderten Statuten-Veränderungen ganz nach Vorschrift des provisorischen Handelsrichters.

Hierauf wurde am 11. Januar, zu einer Zeit, wo ich mich persönlich in Breslau befand, abermals die Eintragung in das Handelsregister beantragt, aber hier wiederum ein Wechsel stattgefunden und der zweite kommissarische Handelsrichter, Stadtgerichtsrath, Herr von Chapelé, stellte neue Forderungen und verlangte natürlich unter dem 18. Februar plötzlich eine Kundmachung des Herrn Handelsministers, daß er aus den beabsichtigten Statutenänderungen keine Veranlassung nehmen werde, die ertheilte Genehmigung zurückzuziehen. Dabei wurde ausdrücklich noch darauf hingewiesen, daß es zweifelhaft sei, ob, da die Bezeichnungen auf Grund des alten Statutes erfolgt seien, ein gewöhnlicher General-Versammlungs-Beschluß genüge und ob nicht vielmehr die zu Veränderungen der Zustimmung aller Aktiengesellschaften bedürfen würden.

Um mir möglicher Weise die Eintragung zu erlangen, fügt sich die Gesellschaft auch dieser neuen Forderung des dritten Herrn Handelsrichters, mit dem sie nun zu thun hat, und „bittet“ unter dem 23. Februar 1871 den Herrn Handelsminister „inständig“, doch eine solche Erklärung abzugeben, wie sie der Herr Handelsrichter wünsche, da sich die Sache nun schon zwei Monate hinschleppe.

Nun erklärt der Herr Handelsminister unter dem 27. Februar: „Den Aufsichtsrath erwiedere ich an die Vorstellung vom 23. d. M., unter Rückgabe der Anlagen, daß ich die von dem Handelsrichter des biegsamen Königlichen Stadtgerichts angeblich verlangte Erklärung abzugeben nicht in der Lage bin, da das Statut der Pommerschen Zentral-Eisenbahn-Gesellschaft unter dem 5. Juli v. J. von des Königs Majestät bestätigt, eine Änderung derselben mithin nur mit Allerhöchster Genehmigung würde erfolgen können.“

Einen bezüglichen Antrag an das Königliche Majestät zu richten, muß ich aber deshalb Anstand nehmen, weil nach meiner Ansicht, wie in meinem Erlass vom 9. v. M. näher ausgeführt worden, der Antrag auf Eintragung der gedachten Gesellschaft in das Handelsregister lediglich nach den zur Zeit der allerhöchsten Konzessionirung der Gesellschaft geltenden Bestimmungen des Handelsgebotbuchs zu begründen und die gegenwärtige Auffassung des heutigen Handelsrichters ungerechtfertigt ist.

Ich kann dem Aufsichtsrath deshalb nur anheimgeben, gegen den Anspruch des Handelsrichters durch Vermittelung des Herrn Justizministers auf dem in dem allegirten Erlass bezeichneten Wege Remedium nachzusuchen.

Der Minister für Handel.

An den Aufsichtsrath für die Pommersche Eisenbahn-Gesellschaft hier.

Die Direktion gab dieser Aufforderung Folge und wandte sich unter dem 1. März 1871 an den Herrn Justiz-Minister. Unter dem 18. April 1871 lehnte der Herr Justiz-Minister es ab, der Ansicht des Herrn Handelsministers sich anzuschließen und den Handelsrichter zur Eintragung anzuweisen. Inzwischen war der Krieg beendet und der erste Handelsrichter, Herr Elsner von Gronow, wieder in seine Funktionen getreten. Derselbe trug nun am 27. April 1871 die Gesellschaft auf Grund des ersten von Sr. Majestät unter dem 5. Juli 1870 genehmigten Statutes ein, in Übereinstimmung mit dem Prinzip, in welches er von Hause aus adoptirt hatte.

Dies ist die Leidenschaft der Eintragung jener Gesellschaft. Ich selbst war vom Dezember 1870 bis März 1871 in Breslau.

Es bleibt nur die Insinuation des Herrn Lasker gegen den Handelsrichter Herrn Elsner von Gronow: derselbe habe sich dem Herrn Handelsminister gefügig erwiesen, „durch eine Zufchrift des Herrn Handelsministers sich bewegen lassen, die Gesellschaft — soll doch wohl

Inserate 2 Sgr. bis sechsgespalte Zeile oder deren Raum, dreigespalte Reklame 5 Sgr. sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

ZINNENBERG-BUREAU:

In Berlin, Hamburg,

Wien, München, St. Gallen;

Rudolph Mosse;

in Berlin, Breslau,

Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg

Wien u. Basel;

Hausenstein & Vogler;

in Berlin;

A. Petermeyer, Schlossplatz;

in Breslau: Emil Habich.

1873.

heissen gegen seine eigene Rechtsansicht — in das Handels-Register einzutragen.“ Eine solche Insinuation aber ist doppelt verwerflich, wenn sie ohne jeden Beweis von einer gegen die Strafgesetze geschützten Stelle erfolgt.

Alle von mir angeführten Thaten aber sind allgemein zu belegen.

Deutschland.

Berlin, 17. Februar. Es ist hier darauf hingewiesen, daß für eine möglichst gründliche Untersuchung der vom Abgeordneten Lasker bezeichneten Missstände vorzüglich der König und auch der Handelsminister eingetreten seien. Diese Mitteilung ist nun einfach so ausgelegt, als habe Fürst Bismarck allen dahin ziellenden Maßnahmen widerstrebt. Es wirkt uns indessen auf das Bestimmteste verstört, daß über die Notwendigkeit einer gründlichen und vollständigen Untersuchung der angerechten Fragen in ihrem ganzen Umfange eine Meinungsverschiedenheit innerhalb des Staatsministeriums nicht obgewaltet und daß namentlich auch Fürst Bismarck vom ersten Augenblick an, wo der Abgeordnete Lasker in der Kommission eine Untersuchung anregte, die Notwendigkeit einer solchen unter voller Mitwirkung der Landesvertretung anerkannt und sich in diesem Sinne geäußert habe. Die jetzigen Entschlüsse sind unter seiner Zustimmung verfaßt und entsprechen durchaus seinen Wünschen. — Wie man hört, hat der Geheimen Rath Wagener bereits am Freitag seine Vertheidigungsschrift dem Minister-Präsidenten übergeben. Es dürfte mit derselben das von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ angekündigte Schriftstück im Weitesten übereinstimmen. Vielfach ist es übel bemerkt, daß das offiziöse Blatt sich zu einer solchen Veröffentlichung hergibt. Die Erklärung des Herrn Wagener trägt jedoch einen durchaus privaten Charakter. Jener Vorwurf ist also grundlos. — Der Regierungsrath von Meyern aus Posen ist bereits von Posen eingetroffen, um als Hülfearbeiter in das Staatsministerium einzutreten. Es handelt sich indessen nicht um einen Erfolg für Herrn Wagener, wenn Herr von Meyern auch manche seiner Geschäfte mit übernehmen dürfte, sondern um die Ausfüllung der durch Herrn Wehrmanns Ausscheiden und das Aufrücken des Geh. Rath Wagener vorgenommenen Stelle. — Der neulich Empfang des Präsidenten Friedberg durch den Kaiser ist dahin gedeutet, daß Herr Friedberg Anfangs zum Vorsitzenden der Untersuchungskommission in Aussicht genommen sei. Dies ist indessen durchaus unrichtig und hatte den Empfang des Herrn Friedberg nichts mit jener Angelegenheit zu thun.

Berlin, 17. Febr. Die Verhandlungen der Budgetkommission haben ihre Früchte getragen. Soeben hat die Staatsregierung einen Nachtragsetat eingebracht, welcher allen Anträgen der Kommission zuvorkommt. Man scheint eine gewisse Eifersucht empfunden zu haben, der Regierung im Plenum die Initiative zu wahren. Der Druck der Kommissionsberichte ist in Folge dessen sistirt worden. In den Nachtragsetat sind aufgenommen: plus 700,000 Thlr. für Elementarlehrer (namentlich zu Alterszulagen), plus 240,000 Thlr. für Gymnasien (hierdurch wird es möglich, die Normalitäts für sämtliche Gymnasien und gleichstehenden höheren Lehranstalten bezüglich der Lehrerzulagen vom 1. Januar 1873 an zur Ausführung zu bringen), plus 46,000 Thlr. für emeritierte Lehrer, plus 200,000 Thlr. extraordinar zur Vermehrung der Sammlungen der Kunstmuseen (Anregung Laskers in Bezug auf den Ankauf älterer Gemälde in Italien), plus 37,242 Thlr. Vermehrung des Dispositionsfonds zur Förderung des Seminar-Präparandenwesens (der Fonds wird nun von 27,758 Thlr. pro 1872 auf 100,000 Thlr. pro 1873 erhöht), plus 31,000 Thlr. zur Vermehrung der Schulaufsichtskräfte (der Fonds wird nun von 20,000 Thlr. pro 72 auf 100,000 Thlr. pro 1873 erhöht und findet jetzt 50 Kreisschulinspektoren dauernd auf den Etat gebracht). Die beiden letztgenannten Positionen für Präparandenwesen und Schulaufsichtskräfte werden auf eigenen Antrieb der Regierung erhöht, während die übrigen Erhöhungen Beschlüssen der Budgetkommission entsprechen. Die Hauptfache ist sodann noch eine Verdopplung der Sätze in dem noch der Beratung unterliegenden Gesetz über die Wohnungsgeldzuschüsse. Der Service wird hierdurch jetzt die Summe von 4½ Millionen in Anspruch nehmen. Wir haben ja in der That noch immer heidenmäßig viel Geld. Die nach und nach eingehenden Finanzabschlüsse pro 1872 und Steuerveranlagungsergebnisse pro 1873 lauten über alles Erwarten günstig. In Folge dessen hält es der Minister für thunlich, die Anschläge aus der klassifizirten Einkommensteuer um 893,000 Thlr. oder 15 Prozent, der Stempelsteuern um 1,600,000 Thlr. oder 18 Prozent und der Einnahmen des vormaligen Staatschafes um 750,000 Thlr. (vermehrte Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken) zu erhöhen. — Von einer Aufhebung des Zeitungss- und Kalender-Stampels ist nach wie vor nicht die Rede, obwohl eine entsprechende Erhöhung des Abschlages nur der Klassensteuer und der Mahl- und Schlachsteuer auch hierzu die Mittel bieten würde, während anderseits das Reichspreisgesetz, welches uns von diesen Steuern erlösen sollte, entfernter als je in Aussicht steht. Auch der Gesetzentwurf wegen Erhöhung der Abgabedienstlizenzen will trotz der Einfachheit des Inhalts und der bestimmt von Roon gegebenen Zusicherung aus dem Kabinett des Ministers Eulenburg nicht herauskommen. Er soll dort unter andere Papieren gerathen sein, wie dies mitunter Gesetzentwürfen in diesem Kabinett passirt. — Die Orde der Regierung in Bezug auf die 120 Millionen Anleihe lautet gegenwärtig auf Verschleppung der Entscheidung im Plenum, so lange bis sich die hoch gehenden Wogen der Aufregung über Izenplik einigermaßen beruhigt haben. Das Ministerium kennt seine Pappenheimer nur zu genau. Es zählt darauf, daß die Interessenten-Koalitionen später schon das Ihrige dazu beitragen werden, um die Bewilligung zu ermöglichen. Die Vertrauten

der Geheimen Rath Wagener geht der „Nordd. Allg. 3.“ folgendes Schriftstück zu:

der Regierung gehen umher und machen den Liberalen Vorwürfe: weil Lasker Späneplik so angegriffen, könne derselbe unmöglich seinen Abschied nehmen. Dies lasse sich nur wieder gut machen, wenn man die Anleihe bewillige. Dann werde er vielleicht gehen. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ist Alles möglich, auch das dergleichen Redensarten verfangen. Lasker würde seinen Antrag auf parlamentarische Untersuchung nicht zurückgezogen haben, wenn derselbe nicht der Ablehnung sicher gewesen wäre. Die Klerikalen erwiesen sich wieder einmal ebenso unsicher als Bundesgenossen, wie die Freikonservativen. Nationalliberale und Fortschritt allein geben keine Majorität. Selbst aller Nationalliberalen war Lasker nicht sicher. So müsste er gute Miene zum Spiel machen und suchen, seinen Antrag noch zur Verbesserung der Regierungskommission zu verwerthen, so gut es ging. Die Fortschrittspartei konnte in dieser Sache ohne Lasker als den geborenen Führer auch demonstrativ nicht selbstständig vorgehen. Niemand giebt sich Illusionen darüber hin, daß die Untersuchungskommission große Ergebnisse zur Kennzeichnung der Späneplik'schen Verwaltung liefern wird.

Wie nachträglich bekannt wird, hat der Kaiser bei Vorfahrt derjenigen Kadetten, welche zu Ostern zur Armee abgehen, am 7. d. Mts. eine eindrucksvolle Rede an dieselben gehalten. Der Kaiser empfing die jungen Leute, welche von ihren Hauptleuten geführt wurden, in dem runden Saal seines Palais. Er trug die Uniform des Kadettencorps und war von dem General-Inspekteur des Militär-Erziehungswesens, General v. Rheinbaben, begleitet. An die Begrüßung der Kadetten knüpfte der Kaiser eine Betrachtung über deren künftigen Beruf als Offiziere; er betonte, wie gerade in der heutigen Zeit, welche nach äußeren Gütern, nach Geld und Reichthum juge, der Offizier die Ehre als sein höchstes Gut hochhalten müsse, und wies schließlich die jungen Leute auf das leuchtende Vorbild ihrer im letzten Kriege gefallenen Kameraden zur Nachahmung hin.

Nach einer allerhöchsten Kabinetsordre vom 9. Januar c. hat der Kaiser beschlossen, das Andenken der im Kriege gegen Frankreich 1870/71 mit der Fahne oder Standarte in der Hand, sowie bei der speziellen Vertheidigung der Fahnen und Standarten gebliebenen und der in Folge mit der Fahne u. r. in der Hand erhaltenen Wunden verstorbenen Offiziere und Mannschaften für alle Zeiten dadurch zu ehren, daß ihre Namen mit kurzer Erwähnung der Veranlassung auf silbernen Ringen an den betreffenden Fahnen und Standarten verzeichnet werden. Die beigleitlichen Truppenteile haben nunmehr — schreibt man der „R. Z.“ — die ihnen bestimmten Ringe durch Vermittlung ihrer General-Kommandos erhalten mit der Weisung, diese selben nicht unter dem Fahnenntuere oder, falls hier bereits ein von Sr. Majestät verliehener Ring angebracht ist, unmittelbar unter diesem anzubringen. Auch soll der allerhöchste Bestimmung gemäß mit diesem Amt eine angemessene kurze dienstliche Feierlichkeit innerhalb des beteiligten Truppenteils verbunden werden.

Der bekannte Prozeß Bismarck gegen Bismarck ist — wie bereits telegraphisch gemeldet — endgültig entschieden worden, und zwar durch das k. Oberappellationsgericht (den obersten Gerichtshof für die neuen Provinzen), welches bekanntlich als *Justiz-Mühl* bezeichnet war. Bismarck-Lauenburg hat gewonnen und Bismarck-Preußen ist unterlegen, d. h. der preußische Staat wohl dazu berechtigt, nicht aber das deutsche Reich. Die Minister sollen sich beide gegen das in Rede stehende Projekt aussprochen haben.

Zur Copernikus-Feier.
Die wissenschaftliche Welt feiert morgen den vierhunderten Jahrestag der Geburt eines der größten Forscher und Denker des menschlichen Geschlechts. Nikolaus Copernikus war es, welcher die Vermuthung einiger Naturphilosophen des alten Griechenlands, daß die Sonne der Mittelpunkt des Weltensystems sei, um den sich die Erde und die übrigen Planeten bewegen, mit mathematischer Schärfe zur unumstößlichen Gewißheit erhob und diese Wahrheit ohne Rücksicht auf die kirchliche Bibelgläubigkeit seiner Zeit aussprach. Indem wir uns mit dankbarer Erhebung des Tages erinnern, da er der Welt geboren wurde, feiern wir eine Großthat menschlicher Erkenntnis und zugleich eine Heldenthat der Wahrheit, welche den vom Kirchenglauben gepflegten Bahn zerstörte. Ein Mann, der Solches für die erdgeborene Menschheit vollbracht, lebt nicht blos für seine Zeit und sein Volk, er hat für alle Jahrhunderte gewirkt und gehört der ganzen Welt an; alle Nationen, die seine That verstehen und sein Werk fördern, ehren ihn als ihren Helden, als einen Geisteshelden der gesamten Menschheit.

In diesem Sinne, meinen wir, muß der Gedenktag eines Copernikus begangen werden, und darum hat es uns nicht wohlthuend berührt, daß eine Feier, welche die ganze gebildete Menschheit in einem großen Gefühl vereinigen sollte, Anlaß giebt zu nationalpolitischen Streit, ob Copernikus ein Deutscher, ein Pole oder ein Czeche gewesen sei. Wenn der göttliche Homerus die Achäer und Trojaner um den Leichnam des Patroklos kämpfen läßt, so hat das einen Sinn, denselben Sinn, als wenn feindliche Kriegsschaaren um ein Banner sich schlagen; aber hier handelt es sich nicht um einen Leichnam, der menschliche Geist ist es, den wir verehren; hier handelt es sich nicht um nationalen Kriegersturm, den Feinde verböhnen wollen, sondern um rein menschliche Thaten; die von allen Kulturstöcken hochgehalten werden.

Uns kümmert die Herkunft des großen Denkers wenig. Ob sein Vater „vigil juris“ oder „vigil turris“, Gerichtsherr oder Thurmwart, ob seine Mutter eine Deutsche oder sein Großvater ein Böhme war, was will Dies sagen gegenüber dem, was Copernikus für die Menschheit geleistet! Schon Melanchthon hat uns ein gutes Beispiel in dieser Sache gegeben. In einem Briefe spricht er die Worte aus, welche als Muster für die Devisen der von den Polen heut geprägten Denkmünzen gedient zu haben scheinen: „ut ille astrologus Sarmaticus, qui terram movet et solem figit.“ Das löst zwar nicht die alte Streitfrage über die Abstammung des Copernikus, da auch die deutschen Nellamanten manch' überraschendes Zeugniß für sich anführen können. Der Neffe des ermländer Bischofs Watzelrode war vielleicht weder ein reiner Deutscher noch ein reiner Pole, sondern (wenn das Wort erlaubt ist) ein Mischling, wie sie selbst heut noch zahlreich hier zu Lande leben. Allein es beweist, daß der „Praeceptor germaniae“ wenig um die Nationalität fragt, er nennt ihn ohne viel Untersuchung einen „sarmatischen Astrologen“, weder röhmt er den „Sarmaten“ noch beeinträchtigt der sarmatische Beifall seine Bewunderung für den genialen Sternkundigen, „welcher die Erde bewegt und die Sonne feststellt.“ So denken Alle, welche in Copernikus nicht die Schale, sondern den Kern suchen. Wir würden seinen Namen ehren, auch wenn er ein

durch den wiener Frieden übernommenen Schulden definitiv abgewiesen worden, weil Lauenburg von jeher ein mit Dänemark nur durch Personalunion verbundenes selbständiges deutsches Land gewesen sei und daher nicht ohne weiteres zu den Schulden, welche von der dänischen Gesammonarchie herrührten, herangezogen werden könne.

— Die Berathungen der delegirten Ministerialräthe Preußens, Bayerns, Badens, Württembergs und Sachsen über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der Civil- und Strafprozeßordnung für das deutsche Reich dürften höchstens acht bis zwölf Tage währen. Den Vorsitz führt der Geh. Oberjustizrat Dr. Förster. Sämtliche Mitglieder der Kommission haben den Berathungen der Justizminister der genannten Bundesstaaten zu Ende des vorigen Jahres beigewohnt und der Entwurf, der jetzt Gegenstand der Berathung ist, erscheint als eine Zusammenstellung der in jener Konferenz festgestellten Grundsätze. Das Resultat der jetzigen Berathung wird einer zweiten Konferenz der Justizminister unterbreitet werden, die indesten schwerlich vor Anfang April ihre Thätigkeit beginnen wird. Soweit der jetzt vorliegende Entwurf in juristischen Kreisen bekannt geworden, wird derselbe als keineswegs den Ansprüchen genügend erachtet, welche an eine gemeinsame deutsche Gerichtsorganisation gestellt werden müssen. Man erwartet in diesen Kreisen eingreifende Umgestaltungen durch das Hinzuziehen der Minister anderer Bundesstaaten, beziehentlich durch den Bundesrat, wenn irgendwie angenommen werden soll, daß der Reichstag ihn genehmigt. So viel steht übrigens schon mit Bestimmtheit fest, daß die Justizvorlagen dem nächsten Reichstage nicht unterbreitet werden können.

Wir meldeten seiner Zeit, daß dem Justizminister die Frage zur Entscheidung unterbreitet sei, ob es wohl als zulässig zu erachten, gegen den Grafen Radzyński das Expropriationsverfahren einzuleiten, um an Stelle des dem letzteren gehörigen Palais das Gebäude für das deutsche Parlament herzurichten. Wie die „D. R. Korr.“ hört, hat sowohl der Justizminister als auch der Finanzminister jetzt ein Gutachten in dieser Angelegenheit abgegeben. Beide Minister sollen die Möglichkeit eines einzuleitenden Expropriationsverfahrens in diesem Hause in Zweifel ziehen und zwar namentlich aus dem Grunde, weil es möglich sei, das Parlamentsgebäude noch an anderen Orten, als dem in Radzyński stehenden, zur Ausführung zu bringen. Es mangelt vor allen Dingen in dem vorliegenden Hause an der Dringlichkeit. Aber auch selbst vorausgesetzt, daß diese Dringlichkeit erwiesen sei, so sei das deutsche Reich als solches ja gar nicht einmal im Stande, die zwangsläufige Entäußerung des Grundstücks zu beantragen, da dem Reiche als solchem jede rechtliche Basis fehle. Wolle man einen Expropriations-Antrag anbringen, so sei der preußische Staat wohl dazu berechtigt, nicht aber das deutsche Reich. Die Minister sollen sich beide gegen das in Rede stehende Projekt aussprochen haben.

Die kirchenpolitische Kommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Vorberathung des der Zeit nach zuerst vorgelegten Gesetzentwurfs über die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Buß-Mittel. Gegenstand desselben ist die gesetzliche Regelung der Grenzen kirchlicher Disziplinargewalt, um es kurz auszudrücken, über Laien. Dieser kleine Gesetzentwurf bildet also die ergänzende Hälfte zu dem schon festgestellten Entwurf betreffend die Disziplinargewalt über Kirchendiener. Prinzipiell ist er von demselben zur „Laien“ verschieden, daß die Bestrafung der Übertreter dieses Gesetzes den bürgerlichen Gerichtshöfen, nicht aber dem kirchlichen überwiesen wird. In der Debatte wurde weniger der Inhalt des Gesetzes erörtert als die bekannten Vorgänge in Ermland und sonst. § 1 wurde in veränderter Form dahin angenommen;

Keine Kirche und Religionsgesellschaft ist befugt, andere Strafen oder Bußmittel anzuordnen, zu verhängen oder zu verkünden, als solche, welche dem rein religiösen Gebiete angehören, oder die Entziehung eines innerhalb der Kirche oder Religionsgesellschaft wahrhaften Rechts oder die Ausschließung aus der Kirche oder Religionsgemeinschaft betreffen. Strafen oder Bußmittel gegen Leib, Freiheit und bürgerliche Ehre sind unzulässig.

Mit Bezugnahme auf die in Berlin wegen Abdruks der Alloktion erfolgten Beschlagnahmen wird mitgetheilt, daß die Rathskammer des Stadtgerichts die „Spenerische“, die „Demokratische Zeitung“ und das „Gasthaus“ welche die Alloktion gebracht, sowie kurze Zeit darauf den „Neuen Sozial-Demokrat“, welcher wegen angeblicher Majestätsbeleidigung in Beschlag genommen, frei gegeben, das Kammergericht auf erhobene Beschwerde der Staatsanwaltschaft jedoch diesen Beschluß aufgehoben und die Beschlagnahme aufrecht erhalten hat.

Die Deputation von lutherischen Geistlichen aus der Provinz Hannover, welche eine Petition um Verbesserung der Pfarrgehalte in Berlin überreichte, fand, wie dem „Hannov. Cour.“ geschrieben wird, sowohl bei dem Kaiser, als auch bei dem Ministerpräsidenten und dem Kultusminister eine sehr huldvolle und vertrauenerweckende Aufnahme, die sich dadurch kund gab, daß einerseits eine eingehende Darlegung der Verhältnisse gefordert, andererseits die Sicherung ertheilt wurde, die in Frage kommende Angelegenheit bestens prüfen und, wenn irgend möglich, zu erwünschtem Ziele führen zu wollen. Was die zur augenblicklichen Abhilfe des Notstandes unter den Geistlichen der Provinz Hannover vorzuschlagenden Hilfsquellen betrifft, so glaubte die Deputation von einer Heranziehung der Gemeinden ausdrücklich absehen und zunächst nur auf den „hannoverschen Klosterfonds“ hinweisen zu müssen.

An den Prediger Dr. Sydow sind neuerdings Zustimmungs-Adressen der Protestantvereine in Greifswald, Neustadt a. d. Hardt, Worms und Lebelsheim in der hessischen Pfalz geschickt worden. Ebenso sind ihm von 18 Geistlichen der Diözese Lorrach in Baden und von 20 der angesehensten Männer (Regierungs- und Gerichtsbeamte) in Marienwerder Zustimmungs-Adressen überwandt. Am Mittwoch versammelten sich 250 Mitglieder der hiesigen Jakobsparochie, um auch ihrerseits durch Annahme einer Resolution, welche dem evangel. Oberkirchenrath, Dr. Sydow und dem Ober-Konsistorialrath Dr. Bachmann, erstem Prediger an St. Jakobi und Berurtheiler Sydows, in Abschrift mitgetheilt werden soll, Zeugniß gegen den vom Konsistorium in der Sydow'schen Angelegenheit versuchten Gewissenszwang abzulegen.

An maßgebender Stelle wird nun mehr, wie man uns mittheilt, das Projekt der Gründung eines Beamtenvereins für Deutschland nach dem Vorbild des österreichisch-ungarischen Beamtenvereins in ernste Erwägung gezogen. Der seit dem Jahre 1864 in Österreich bestehende allgemeine Beamtenverein ist auf die Grundsätze der Selbsthilfe durch Assoziation und der Gegenseitigkeit gebaut, die materiellen und sozialen Interessen des Beamtenstandes zu wahren und zu fördern. Je lebendiger in der ganzen Beamtenwelt die Überzeugung lebt, daß Hilfe für eine große Anzahl übler Zustände in ihrer äußeren Lage dringend nothwendig, je bestimater die Erfahrung von Jahrzehnten allen Beteiligten die Gewissheit aufwänget, daß eine aufrichtende Hilfe vom Staat nicht erwartet werden darf, um so auf-

her die Erde als Mittelpunkt der Welt betrachtete? Schwerlich! Sie huldigen in Copernicus dem Domherrn von Frauenburg, wenn ihn die Einen feiern, weil er möglicherweise eine Konföderata getragen, feiern ihn die wrogen Sontane, vielleicht daß der päpstliche Clerus auch einmal an Huh oder Luthers Jubiläum sich beteiligt, weil diese ja auch geistliche Gewänder trugen.

Nein, nicht zufällige Neuerländelkeiten des großen Genius dürfen die Motive zu einer Jubelfeier sein, die den Namen eines Copernikus trägt. Wie wollen ihn ehren als einen Lichtbringer der gesamten Menschheit, als einen Geisteshelden, der ohne Furcht vor Kirchenfluch und Feuertod die Wahrheit verklärte.

Möchte derselbe Geist morgen auch an seiner Geburtsstätte walten. Zum dritten Male in der Frist weniger Jahre feiert das deutsche Thorn an der Grenze des Sarmatenlandes ein säkulares Jubelfest: 1869 beging die Stadt das dreihundertjährige Jubiläum der Gründung ihres Gymnasiums, 1872 die hundertjährige Einverleibung Westpreußens in den preußischen Staat, und morgen feiert sie ein Fest — nicht lokalstädtisch wie das erste, nicht nationalpolitisch wie das zweite, sondern — eine universelles, bedeutungsvoll für die gesamte Menschheit, „so weit die Sonne des Tages die Bildung des Erdballs beleuchtet“. Daß dieses Bewußtsein wenigstens über der vom deutschen Komitee veranstalteten Feier schweben möchte!

J. W.

Aus Thorn
wird der „Nat. Blg.“ geschrieben:

„Bon unserem Copernikus-Feste ist bis jetzt wenig in der Presse gesprochen worden, während die Polen sich sehr thätig in dieser Beziehung bewiesen haben. Die Hauptfeier findet bekanntlich Mittwoch den 19. Februar durch Versammlung und Rede im Rathausaal statt; es folgt ein Festmahl im Artushofe, und Abends Fackelzug, Beleuchtung der Stadt und gesellige Vereinigung in den Räumen des Rathauses. Am Tage vorher (am 18.) werden die Ehrengäste Nachmittags 5 Uhr im Artushof begrüßt und dann zu einer Festaußführung im Stadttheater geleitet, worauf zu geselliger Vereinigung in den Artushof aufzufahrtet wird. Zum Empfang der ankommenden Ehrengäste werden Mitglieder des Festausschusses, an schwarze weiße Kleider gekleidet, erscheinen, am 17. Abends, am 18. Morgens und Mittags auf dem Rathaushof sich einfinden. Gewiß werden Sie gerne über die Bekehrung der auswärtigen wissenschaftlichen Körperschaften Näheres erfahren. Folgende Angaben bin ich im Stande Ihnen zu machen. Es werden vertreten sein die deutschen Universitäten Leipzig durch Prof. Brubius, Direktor der Sternwarte; Breslau durch den Direktor der Sternwarte Prof. Galle und Prof. Caro; Königsberg durch Prof. Kaspari und Halle durch Geh. Regierungs-Rath Professor Knoblauch. Außerdem entstehen Deputierte; die beiden italienischen Universitäten Rom und Bologna, und zwar Rom den Professor Horatius Oceioni „quem senatus Academus uno animo elegit“, wie der Rector Prof. Serafini geschrieben haben soll. Der Name des Vertreters von Bologna ist mir nicht bekannt geworden. Bei dieser freudigen Bekehrung der fremden Universitäten (auch Leipzigs Rector hieß geschrieben den Senat habe einstimmig einen Deputirten zu entsenden) kann es uns freilich nur sehr leid thun, daß die Universitäten der deutschen Kaiserstadt Berlin sich nicht hat entschließen können, einen Vertreter zu uns zu schicken.“) Die natur-

*) Hierzu muß bemerkt werden, daß auch in Berlin das Copernikus-Jubiläum nicht unbeachtet vorübergehend wird. Wie berliner Zeitungen mittheilen, wird der an der königl. Universität bestehende mathematische Verein in Verbindung mit dem naturwissenschaft-

fallender ist die Wahrnehmung, daß im Beamtenstande bisher der Gedanke der Selbsthilfe durch ein engeres Zusammentreten, durch eine feste, organisierte Verbindung außer in Österreich nirgends zur That geworden ist.

Sonnabend gegen Mittag ist der bekannte Theater-Direktor, Kommissionsrath Cerp nach achtätigem Krankenlager an einer Unterleibskrankheit gestorben.

Königsberg, 15. Februar. Die „Königsh. S. Btg.“ schreibt: Königsberg ist von jeher die Stadt der Gegensätze und Extreme. Über der Kunstsprache entwickelt sich in ihr der Pietismus, neben dem aufgelösten Liberalismus die krasse Reaktion. Und wiederum bereitet sich hier in diesen Tagen ein solches auffallendes antithetisches Schauspiel vor. In demselben Monat, wo Kant gestorben ist, und fast an demselben Tage, wo Copernicus geboren wurde, wird in unserer Stadt eine kirchliche Konferenz stattfinden, um über die Gottheit Christi abzustimmen. Und welche Folge wird diese fromme Abstimmung haben? Ungefähr dieselbe, wie der Beschluss des römischen Kongresses über die Unschärfekeit des Papstes oder — negativ ausgedrückt — wie das Dekret des französischen Konvents über die Abschaffung des Christentums und Gottes selbst. Dogmen lassen sich nun einmal nicht kreieren und gehören in das Gebiet der subjektiven Meinens und Glaubens, und nicht in das des objektiven Wissens; auf die sittlichen Handlungen der Menschen haben sie ohnehin ganz und gar keinen Einfluß. Die Konferenz wird also keine besseren Christen, wohl aber ein paar Dutzend Neuerwähnungen mehr in der Stadt und Provinz schaffen.

Breslau, 15. Februar. [Klassenstener.] In der am 13. d. M. stattgehabten Sitzung der Steuer-Kommission des Hauses der Abgeordneten wurde beschlossen, auch in der Stadt Breslau die Klasseneuer vollständig, also auch in der untersten Stufe, einzuführen. Die Vertreter des Ministeriums traten diesem Beschlüsse nicht entgegen.

Aus Oberschlesien, 15. Februar. Wie die „Prawda“ mittheilt, soll nächstehende Adresse glaubentreuer, patriotisch und deutsch gesinnerter Katholiken zu Beuthen, Katowitz u. s. w. an den Kaiser abgesandt werden:

Allerdurchlauchtigster, Allergroßmächtigster Kaiser und König!

Allernädigster König und Herr!

Nachdem die preußischen Bischöfe in einem an Ein königl. Staatsministerium gerichteten Schreiben erklärt haben, daß sie, wenn die von Ew. Majestät Regierung der Landesvertretung zur Verherrlichung vorgetragenen Gesetze die Verbündnis zwischen Kirche und Staat betreffenden Gesetzentwürfe die Bestimmung der Landesvertretung erhalten und durch Ew. Majestät Sanction zu Gesetzen erhoben werden sollten, denselben nicht zu gehorchen gesonnen seien, fühlen die unterzeichneten Katholiken des Kreises Beuthen in Oberschlesien sich zu der allerunterthänigsten Bitte gedrängt, Ew. Majestät wollen allernädigst geruhnen, folgenden Ausdruck ihrer Gesinnungen entgegenzunehmen:

Wenn die oben genannten Gesetzentwürfe nach Bestimmung der Landesvertretung durch Ew. Majestät Sanction zu Gesetzen erhoben sein werden, erachten wir diese Gesetze, so wie jedes andere Staatsgesetz, für jeden Katholiken, sei er Laie, Priester oder Bischof, für absolut verbindlich. Wir halten die Meinung, daß Ungehorsam gegen ein Staatsgesetz, wenn es den persönlichen Ansichten und Neigungen nicht entspricht, stiftlich erlaubt sei, für eine traurige Verirrung; wir lieben zu dem allmächtigen Gottes, daß er die Verbündeten erleuchtet und den Frieden erhalten möge, und geloben zugleich, daß wir, wie es einem Preußen geziemt, in jedem Falle mit Gut und Blut für die Autorität des Gesetzes einzustehen bereit sind. (Folgen die Unterschriften.)

Kassel, 14. Februar. Der Pastor Büch in Hombressen ist von der eigenen Gemeinde denuncirt worden, niemals die vorgeschriebene Fürbitte für den König von Preußen in das Kirchengebet eingeschlossen und neuerdings den Gottesdienst ganz eingestellt zu haben, weil sich in der Kirche der preußische Adler befindet. Das hiesige Kon-

forschende Gesellschaft zu Danzig entsendet den Direktor Dr. Bahl und Pastor Hepner. Nordamerika wird vertreten sein durch den auswärtigen Sekretär der geographischen Gesellschaft zu New-York Prof. Thompson, Dr. theol. et iur.

Konzert.

Die „Jahreszeiten“, Oratorium von J. Haydn, deren 1. und 2. Theil gestern von dem Gesangverein für geistliche Musik unter Leitung des Herrn Schön im Stern'schen Saale aufgeführt wurden, fanden ein sehr zahlreiches und theilnehmendes Auditorium. Haydn, „Vater Haydn, der Fürst der Tonkunst“ wie ihn seine Zeit nannte, ist und bleibt bis auf den heutigen Tag der populärste aller Komponisten, das Wort in seinem edelsten Sinne verstanden. Denn er ist verständlich, natürlich, rein, heiter und von echt musikalischem Geiste erfüllt. Längst ist ein Jahrhundert vergangen, seitdem er sein erstes Quartett schrieb; er zählte 68 Jahre, als er im Beginn dieses Jahrhunderts die erste Aufführung seiner „Jahreszeiten“ erlebte: und noch immer ziehen seine beiden Oratorien und ein großer Theil seiner Quartette wie viele andre Werke, die er im Laufe vor fast fünf Jahrzehnten schuf, auf der unerreichten Höhe, welche neben ihm nur noch zwei seines Gleichen behauptet haben. Aber der alte „Papa“ hatte in vielen Gebieten den Grund gelegt, er war der Ansänger und Vollender zugleich. Diese Thatsache gibt dem Namen Haydn eine Bedeutung, wie sie nur wenigen Irdischen gebührt; was Homer als Epiker, Aeschylus als Tragifer, Luther als Reformator, Shakespeare als Dramatiker — das ist Haydn als Instrumental-Komponist. Und hängt ihm zuweilen auch ein Höpschen an; das lassen wir uns wohl gefallen,

„wenn solch' ein Mann daran.“

Dabei ist Haydn die ausgeprägteste musikalische Individualität, die man sich denken kann — in dieser Beziehung ist er auch einzig — und dennoch unerschöpflich reich: nicht so vielseitig wie Mozart, nicht so tief wie Beethoven und doch immer neu, ob er mit unschuldsvoller und naiver Freude durch Feld und Wald streift, oder in findlicher Lust aufsucht, oder einen dankbaren Hymnus zur Ehre Gottes ansingt. Die „Jahreszeiten“ (nicht minder die Quartette) legen Zengen ab. Der kommende Lenz, der frohe Ackermann, das Bitt- und Dankgebet, das Freudenlied des Jugendchor, der Sonnenaufgang, die Schwüle des Tages, der schattige Wald, das rollende Gewitter, die erquickende Ruhe des Abends, — alle diese schönen Tonbilder entfalten sich mit Klarheit vor unserm innern Sinn, alle sind treu, einfach und anmutig, und alle sind von demselben naiv-heiteren Geiste empfangen und geboren. Es sind musikalische Naturbilder, wie sie in gleich idealer Natürlichkeit die Literatur der Musik zum zweiten Male nicht kennt. Noch spiegelt sich in der Kunst des 18. Jahrhunderts der Frieden und die Genügsamkeit, welche damals auf Welt und Menschen

lichen Vereine am 19. Februar den vierhundertsten Geburtstag des Nikolaus Copernikus feierlich degehen. Mittags 1 Uhr wird in der Aula der Universität, die von dem Senate zur Verfügung gestellt ist, eine Feierlichkeit stattfinden, bei welcher der außerordentliche Professor der Mathematik W. Förster die Festrede hält. Die Gefänge bei dieser Feier wird die akademische Liedertafel ausführen. Der zweite Theil der Festfeier folgt dann Abends in den Gesellschaftsräumen der Urania, Leipziger Platz 13. Derselbe soll in einem Lustspiel, einer Festzeitung und einem Kommers bestehen.

sistorium will nunmehr die Amtssuspension über den Genannten verhängen.

Köln, 14. Februar. Die „Rheinische Btg.“ erklärt: In Folge einer völlig unmotivierten, plötzlichen Arbeitsentstaltung eines Theiles unseres Seespersonals sind wir gezwungen, für einige Tage den Raum unseres Blattes zu beschränken.

Hamburg, 13. Februar. In der bekannten, aus dem Jahre 1863 datirenden Prozeßsache, welche die Auslieferung der bei Ferdinand Jakobson deportirten und von der preußischen Regierung mit Beschlag belegten Waffen betrifft, die von dem schleswig-holsteinischen Komitee damals angefaßt worden waren, hat die erste Kammer des bislangen Handelsgerichts heute gegen den Bellagier Ferdinand Jakobson eventuell das preußische Kriegsministerium auf Herausgabe der fraglichen Waffen erkannt. Kläger ist eine von den Zeichnern der 1863er freiwilligen schleswig-holsteinischen Anleihe niedergefeste Kommission und deren Legitimation zur Sache vom ersten Richter als erbracht angesehen worden.

Leipzig, 14. Februar. Die neuesten Nachrichten über den Buchdruckerstreik sind bereits telegraphisch nach der „D. Allg. Btg.“ gemeldet worden; nur ist die Zahl der bei den vereinigten Buchdruckereien beschäftigten Gehülfen dort irrtümlich auf 343 statt 443 angegeben. Die „D. Allg. Btg.“ sagt über den gegenwärtigen Stand des Streites:

Der hiesige Buchdruckerstreik hat sich ganz so weiter entwickelt, wie wir es Anfang voriger Woche angaben. Nachdem mit Ende voriger Woche diejenigen 173 Gehülfen, denen als Mitglieder des Verbandes von den Prinzipialen gekündigt wurde, sowie die 19 Gehülfen, welche ihrerseits kündigten, die Arbeit eingestellt haben, beläuft sich die Zahl der seit Anfang dieser Woche in den 46 vereinigten Buchdruckereien arbeitenden Gehülfen (Seger und Drucker) jetzt auf 443. Die Zahl der aus dem Verbande ausgetretenen Gehülfen ist von 53 auf 89 gestiegen. Anfang Dezember v. J. betrug die Zahl der in jenen 46 Druckereien arbeitenden Gehülfen 1019, hat sich also seitdem um 576 verringert. Mit dem jetzigen Bestande von 443 Gehülfen gelingt es fortwährend, alle Zeitungen, Journale und sonstigen dringenden Arbeiten herzustellen, zumal da die Buchdruckereien sich untereinander ausschaffen und nicht dringende Arbeiten hiesiger und auswärtiger Verleger, mit denen sofort gegebener Zustimmung zurückgestellt werden. Die Leipziger Prinzipialen werden also durch den Streik nur geschädigt, nicht zum Nachgeben genötigt werden. Sie sind auch seit entzlossen, an dem jetzigen Tarife festzuhalten, bis der Deutsche Buchdruckerverein in seiner bevorstehenden Generalversammlung den in Aussicht gebrachten Normaltarif genehmigt hat. Inzwischen haben die vereinigten Buchdruckereibesitzer Leipzigs die Vertrauenskommission des Deutschen Buchdruckervereins um ihren Wahrspruch angerufen. Wenn dieser, wie nicht zu bezweifeln, zu ihren Gunsten aussfällt, so sind sie berechtigt, zu verlangen, daß in allen dem Deutschen Buchdruckerverein angehörigen (ungefähr 1000) Buchdruckereien ganz Deutschlands an einem und demselben Tage allen dem Deutschen Buchdruckerverbande angehörigen Gehülfen gekündigt wird. Thun sie diesen Schritt, der ihnen wahrscheinlich nicht blos durch ihr eigenes Interesse, sondern noch durch das Interesse des gesamten deutschen Buchdruckergewerbes geboten sein wird, so fällt die Verantwortlichkeit dafür wie für den Leipziger Streik auf den Verband, der sie dazu nöthigt.

Der „D. A. Btg.“ zufolge hat die Gewerbe-Polizeibehörde aus Anlaß eines in der Zeitschrift: „Korrespondent, Wochenschrift für Deutschlands Buchdrucker“ bezüglich des jetzigen Streiks enthaltenen Passus, in welchem die Erwartung ausgesprochen wird, „daß kein ehrenhafter Kollege in Leipzig Kondition annimmt...“, von Redakteur des genannten Blattes wegen Verlegung des § 153 der Reichs-Gewerbeordnung in Untersuchung genommen. Dieser Paragraph lautet: Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch

Ag. Die Lilien und Rosen blühen, die Lämmlein springen, die Bienen schwärmen, die Vögel flattern, alles lebt und regt sich; und wenn die Jugend sich am ländlichen Reizen erfreut hat, vergibt sie nicht, dem gütigen Schöpfer ihr Loblied zu singen. Überall und immer steht uns derselbe Haydn vor Augen, der auch in seinem Leben die Liebe und Güte und Lauterkeit selbst war. Als am 16. Mai 1809 die französischen Bomben in der Nähe seines Hauses niedersanken, ließ der 77jährige Greis sich nicht bewegen, vom Platze zu weichen; er saß ruhig am Klavier und spielte: „Gott erhalte Franz den Kaiser!“

Wir hatten eine rechte Freude daran, eine kunststille Gemeinde um ein edles Werk versammelt zu sehen und erkannten mit Sicherheit, wie viel Sorgfalt und Mühe sie daran verwendet hat. Die Recitative und Arien waren sauber eingelöst, aus den Ohren quoll eine Fülle des Wohlauts, und das Orchester that seine Schuldigkeit. Momentlich betonen wir noch die reine Intonation das Gleichmaß der Kraft und den festen Takt der Chorgesänge. Die beiden Kontrabässe, die Grundsäulen des Bauwerks, ließen nichts zu wünschen übrig, und fast dasselbe könnte man von dem Klarinetten- und Bassofolos sagen, welches bis auf das letzte Komma harmonirte und von prachtvoller Wirkung war. Der Erwähnung werth ist's noch, was wir sagen hören, daß die Partie des Lucas gefährdet war, daß aber ein Mitglied bereitwillig und selbstlos ein Opfer brachte und in die Lücke trat. Es ist keine geringe Aufgabe, mit dilettantischen Kräften ein abgerundetes Ganzes herzustellen; aber aus Allem geht hervor, daß hier eine geschickte und energische Hand walzt. G. M.

Theater.

Der gestrige Theaterabend gehört zu den amüsantesten, welche die Saison bis jetzt geboten hat. Unter dem zahlreich versammelten Publikum befand sich wohl keiner, der nicht herzlich gelacht hätte. Ein fröhlicher Geist walzte im Hause und auf der Bühne. Herr Dr. Hugo Müller trat in zwei Glanzrollen seines Repertoires auf: als Baron Zinnburg in Bauernfeld's Lustspiel „Die Bekanntschaft“ und als Börsenagent v. Dickelberg in dem nach dem Französischen bearbeiteten Schwank „Er kompromittiert seine Frau.“

Bauernfeld's liebenswürdiges Talent ist längst anerkannt. Man kann ihn als den Hauptrepräsentanten des modernen Konversations-Lustspiels betrachten, das sich vorwiegend in einem geistigen, psychologischen Bereich bewegt. Seine Charaktere sind der Wirklichkeit entlehnt, zumeist aber auch zugleich der Wirklichkeit entfremdet — sie atmen in dichterer reiner Sphäre. Heitere, aber keineswegs flache Weltanschauung, Wärme der Empfindung, Welt- und Menschenkenntnis vereinen sich bei ihm mit anmutiger Gestaltungsgabe. All' diese Eigenschaften finden sich auch in dem anspruchsvollen, aber ansprechenden Lustspiel „Die Bekanntschaft.“ Die Idee, daß gewisse Bekanntschaften, welche Gatten sich und Anderen zu machen haben, ohne schlimme Folgen sind, wenn sie nur zur rechten Zeit gemacht werden, ist hier in harmlos heiterer und geschickter Weise illustriert. Es fehlt dem Stück nicht an komischen Situationen, der Diction nicht an Eleganz und ungezwungenem Humor.

Herr Dr. Müller gestaltete seinen Baron Zinnburg zu einem in seiner Art mustergültigen Charakterbild. Mochte der Kavalier auch ein wenig leichtsinnig, gelegentlich sogar frivol sein — er war es in so

Drohungen, durch Ehrverleugnung oder durch Berufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen ic. zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten ic., wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft ic.

Mainz, 15. Februar. Der hochwürdigste Bischof von Mainz, hat bereits wieder eine neue Brochüre erscheinen lassen. Dieselbe führt den Titel: „Die preußischen Gesetzwürfe über die Stellung der Kirche zum Staat“ und soll den Nachweis liefern, daß „das Ziel der nationalliberalen Partei dahin geht, die Verbindung der katholischen Kirche mit dem Volke zu zerreißen, um dadurch ihre eigene Macht über das Volk zu begründen.“ Mit Bezug auf den letzten Artikel der „Nat. Btg.“ in Sachen der Taufe Lassalle (vergl. Nr. 75 d. J.) erklärt der Bischof in einem Schreiben an die „Germ.“ Folgendes:

Ich habe erstens mit Lassalle nie in irgend einer persönlichen Verbindung gestanden. Ich habe auch zweitens mit Lassalle nie einen brieflichen Verkehr unterhalten. Die Gräfin Hassfeld ist, so viel ich mich erinnere, drei Mal bei mir gewesen; ein Mal vor einigen Monaten, das zweite Mal, als sie mit der Leiche von Lassalle hier durchreiste und das dritte Mal in jener Zeit, um die es sich jetzt handelt. Der Zweck ihres Besuches war damals in keiner Weise der, mich zu veranlassen Lassalle zu taufen, sondern lediglich und allein mich zu bitten, für die Heirat zwischen Lassalle und einer Dame, die mir selbst dem Namen nach unbekannt war, in München Schritte zu thun. Diese Zumuthung war aber derart, daß ich ihr nicht entsprechen konnte; ich lehnte sie daher durchaus ab. Ob damals auch von der Taufe überhaupt die Rede war, kann ich nicht absolut bestreiten, weil die Zeit schon zu lange her ist. Mit voller Gewißheit kann ich aber sagen, daß die Gräfin nicht mit mir über eine „an Lassalle vorzunehmende Taufhandlung“ verhandelt hat, und daß ich ebenso wenig „die Annahme der h. Handlung zugesagt“ habe. Diese beiden Behauptungen „der Nationalzeitung“ sind eben wieder gänzlich unwahr. Wenn sie daher sagt, daß in diesem Falle die „offenkundigsten Thatsachen in dreifester Weise“ und zwar durch „freie Negation“ abgeleugnet werden so ist vielmehr war, daß sie Thatsachen in dreifester Weise erfunden hat. Wenn in dem Gespräch mit der Gräfin Hassfeld der Taufe überhaupt Erwähnung geschehen ist, wovon ich, wie gesagt, gar keine Erinnerung mehr habe, so kann es nur ganz nebenbei geschehen sein, da ich mich des übrigen Gesprächs noch sehr gut erinnere, und es kann nicht geschehen sein in dem Sinne, als wäre ein Antrag an mich ergangen, Lassalle zu taufen, sondern höchstens in der Weise, daß ich die selbstverständliche Auseinandersetzung gehabt habe, daß unter den vielen anderen Hindernissen welche dieser Verbindung entgegenstanden, auch die jüdische Konfession Lassalle's vorliege.

Deckerrei.

Wien, 15. Februar. Die „Presse“ begrüßt die wichtigen Wahlreform-Vorlagen in folgender Weise:

Bisherthal Jahre sind verflossen, seitdem Götsra den Landtagen seinen Fragebogen bezüglich der Einführung direkter Wahlen zustellte. Gegen den einen Vorwurf also, daß man bei der Lösung überstürzt zu Werke gegangen, sind die Vorlagen gesichert, die heute endlich dem Parlamente gemacht wurden. Es ist eine reife Frucht, die der Verfassungspartei in den Schoß fällt, und die Art, wie sie von Freund und Feind gezeigt werden, birgt dafür, daß der Sieg, den die Verfassungspartei erfochten, indem das Ministerium sein vor vierzehn Monaten verfaßtes Wort wahr macht, nicht blos ephemerer Natur sein wird. Nein, wir dürfen zuversichtlich hoffen, daß mit der Vorurteile des neuen Wahlgegesetzes verfassungsmäßige Zustände auch in unserer Reichshälfte fest gegründet sind und dem ethnischen Wiße: „Im ... konstitutionell regiert, im Sommer ausgegliedert“, ein unverrückbarer Siegel vorgezogen ist. Ablichtlich aber sagen wir, daß Freund und Feind gleichmäßig Hand gelegt an die Vollendung des großen Werkes. Oder wer hätte je mit Erfolg das Delegations-

liebenswürdiger Wiße, ... vor keine Reizung verfügte, mit ihm dieserhalb in's Gericht zu gehen. Dabei mangelte ihm doch auch nicht jeglicher Kern. Er hatte freilich seine eigene Weise zu lieben und seine Liebe zu offenbaren, aber an ihrem Vorhandensein konnte man nicht zweifeln. Die natürliche Frische dieser Gestalt war von wohlthuendster Wirkung und sie bewies zugleich, daß sich der Künstler hier auf einem Gebiete befand, auf dem er schwerlich übertrffen wird. Die Dnos, welche der Baron mit seiner Gattin aufführte, waren allerliebst. Die letztere wurde durch Fr. Sczepanska sehr munter und zierlich dargestellt; sie bewegte sich auch in der Offiziersuniform mit anerkennenswerther Eleganz. Von den übrigen Mitwirkenden ist noch Herr Hitzigkath zu erwähnen, welcher den Assessor Bitter recht gut repräsentierte.

Der Schwank „Er kompromittiert seine Frau“ ist echt französisch: leichtfertig, lustig und sehr geschickt gemacht. Die Art, wie der ungenannte Verfasser eine Lüge an ihrem Erfinder rächt, indem er sie zur Wirklichkeit werden läßt, beweist, daß er die Bühne und ihre Wirkungen sehr genau kennt. Die Fäden verschlingen sich so drollig und das Stück spielt sich so schnell ab, daß der Zuschauer aus dem Lachen nicht herauskommt und keine Zeit hat, Meditationen über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Situationen anzustellen. Mehr als Amusement bezeugt das Opusculum nicht, und dieser Zweck wird erreicht.

Der Dickelberg des Herrn Dr. Müller war eine sehr ergötzliche, der Natur der Sache nach etwas drastischere Figur als der Baron Zinnburg. Ein Baron und ein Börsenagent sind zumeist verschiedene Personen. Der Künstler zog hier eine sehr deutliche Linie. Dieser Dickelmann war zwar adlig, aber er gehörte überwiegend der bürgerlichen Sphäre an. Er hatte auch gar nicht die Absicht, seine Ritterlichkeit in besonders auffälliger Weise zu behaupten. Die Art, wie er sich in kritischen Lagen betrug und eine Wendung derselben zum Bessern herbeizuführen suchte, war von unverstecklicher Komik.

Das Publikum gab seine Zufriedenheit und zugleich seinen Dank durch oft wiederholten lebhaften Beifall zu erkennen. D. E.

* **Als „thatsächliche Berichtigung“ einer in unserem Sonnabend-Feuilleton enthaltenen Angabe teilt uns Herr Emil Lindenberger in Neuromsdorf ein langes Schriftstück mit, in welchem wir nur die „Berichtigung“ finden, daß Herr L. nicht im Buchtheater sitzt, sondern zu 6 Monate Gefängnis und auf drei Jahre zur Unfähigkeit öffentliche Ämter zu bekleiden, verurtheilt wurde. Der Berichtigte meint, daß wir dies hätten wissen müssen, weil die „Posener Zeitung“ darüber berichtet hat, eine neue Aufschauung, daß die Redaktion alle Straferkenntnisse, welchen sie Raum giebt, im Gedächtnisse behalten soll. Der uns angedrohten Klage, für den Fall, daß wir seinen beledigenden Schreibbrief nicht aufschriffig aufnehmen, seien wir mit Ruhe entgegen. In demselben Schriftstück teilt uns Herr L. mit, daß er über die Entstehungsart der gegen ihn gerichteten Denunziation, so wie über den Verlauf des ganzen Verfahrens und die Stellung des Landrats v. Richthofen gegen die Beamten des Kreises und die Kreisangehörigen sich „in einer besonderen Broschüre“ aussprechen werde — also nicht blos eine Rechtfertigungsschrift wie Wagener, beabsichtigt der ehemalige Redakteur des Königsberger „Freimüthigen“, sondern eine Denunziation. Man muß gestehen, blöde sind die Kämpfen der verflossenen Reaktionsszeit nicht.**

Privilegium der Landtage angelastet, wenn sie sich nicht durch eine feudal-klerikale Elitie hätten verleiten lassen, dasselbe zur chronischen Sprengung des Reichsraths zu benützen? Die Landtage verfestigen, daß jedem Recht auch eine Pflicht gegenübersteht. — Die Wahlreform war eben prinzipiell entschieden mit dem Tage, da Hohenwart das Delegationsystem an den Pranger gestellt, indem er nur diejenigen Landtags-Wahlvollzogen aufgelöst, von denen er die Ernennung oppositioneller Deputirten erwartete. Dass die Vorlagen nicht jeden Wunsch erfüllen werden, ist selbstverständlich. In einem Hauptpunkte aber ist mehr gegeben, als wir noch vor Monatsfrist erwarteten. Die rückhaltlose Einbeziehung Galiziens bewahrt uns vor jenen Verlegenheiten, welche die Ausnahmestellung Kroatiens der ungarischen Regierung bereitet. Mit Ruhe können wir jetzt den Ausgang der polnischen Verhandlungen abwarten. Nicht die Verfassungspartei wird darunter leiden, wenn die Polen auch heute die ihnen gemachten Anerbietungen zurückweisen, so wenig es uns geschadet hat, daß sie im Juni die Position Kroatiens für Galizien verhorreszierten.

Die Wahlreform-Bill gliedert sich in zwei Theile: in das Gesetz, wodurch die §§ 6, 7 und 18 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867 abgeändert werden, und in die ausführende Reichsraths-Wahlordnung. Durch die Einzelverhandlungen hat sich die Anzahl der Abgeordneten, welche ursprünglich mit 323 festgesetzt war, auf 351 erhöht. Dieselbe vertheilt sich folgendermaßen in die Gruppen. — Der Großgrundbesitz, welcher den ständischen Schatten fast unverkennbar in den reformierten Reichsrath hineinwerfen wird, entsendet 85 Vertreter seiner Interessen. Die Regierung hat sich übrigens nicht begnügt, das Sonderrecht des Großgrundbesitzes aufrecht zu erhalten, sie hat bei Bildung der Wahlkörper auch die Einzelprivilegien aus den landtäglichen Rumpfklammern möglichst konservert und insbesondere die Prälatenbänke in Tirol und in der Bukowina nicht vergessen. Nur der fideikommisarische Großgrundbesitz in Böhmen, Mähren und Schlesien ist in der Gesamtgruppe aufgegangen, dafür sind aber die Kreis-Wahlkörper des galizischen Großgrundbesitzes beibehalten. Die Städte, Märkte und Industrialorte werden im künftigen Abgeordnetenhaus durch 114 Abgeordnete vertreten werden. Den Handelsklammern hat man 22 Parlamentsplätze zugestanden. Die Landgemeinden verfügen über 130 Stimmen. Das Verhältnis der drei Hauptgruppen: des Großgrundbesitzes, der Städte und Handelsklammern und der Landgemeinden, ist daher ungefähr dasselbe geblieben, wie es in der ersten Anlage der ministeriellen Wahlreform war, nämlich Großgrundbesitz 24 Prozent, Städte und Handelsklammern 39, Landgemeinden 37 Prozent. Was die Aenderungen betrifft, welche bezüglich der Vertheilung der Abgeordneten auf die einzelnen Länder noch in letzter Stunde vorgenommen wurden, so hat man den Polen neue und wie es nun fast zweifellos ist, nutzlose Zugeständnisse gemacht.

Spanien

Madrid, 10. Februar. Ueber die Kronkrise wird der „Presse“ also berichtet:

Nachmittags 2 Uhr: Die Puerta del Sol ist voll von lebhaft verhandelnden Gruppen. Ein Extrablatt des „Ignaldo“ triumphiert über den Sieg der Republik. „Die Stellung der republikanischen Partei macht ihr große Klugheit und festen Zusammenhalt zur Pflicht, aber sie fordert auch ein entschlossenes, entschiedenes, thätiges Vorgehen und, wenn nötig, jede Art von Opfer.“ — 2¹/2 Uhr: Vor dem Kongresspalast viel Volk. Beim T...! Der Zugang zur Journalistentribüne erschwert. Neue Billetie werden verlangt; auf der Sekretaria abgeschlagen; vorweg jedem Korrespondenten; auch die bieigen Redaktionen liefern Leidenschaften. Ein Italo Rivero's verbängt, daß ferner nicht mehr als die 42 Sitze der Tribüne vergeben werden. — Abends 5¹/2 Uhr. Die Massen drängen sich vor dem Kongresspalast. Die republikanischen Vorstädte stark vertreten. Redner mabnen aus dem Fenster des Wartezimmers im Parterre, in die Bartios zurückzugehen, den Deputirten zu vertrauen. Die Miliz zieht sich auf Verlangen zurück. Beipallsrufen, Händeklatschen. Männer (Burischen der Vorstadt) rufen aus dem Fenster, fordern die Brüder auf, nach Hause zu geben, Waffen zu holen. Hochrufe auf die föderale Republik. Streitende und schreiende Gruppen: Sozialistische Schimpferscenen. Es dunkelt. Die Vorsichtigen ziehen sich zurück. Jacke und Silberhut bleibt auf dem Platz. — 12. Februar: Früh um 6 Uhr führ der König Amadeus mitten durch eine Volksmenge, die eine ganz ruhige Haltung beobachtete und nur in Hochrufe auf die Republik ausbrach, nach dem Südbahnhofe. Er befand sich in einem zweispänigen gefloßenen Wagen, die Königin an seiner Seite, seinen Söhnen und den Grafen Rias ihm gegenüber. Mehrere andere Wagen folgten. Der Schloßplatz war von Menschen bedeckt, die schon seit dem Abend auf die Abfahrt des Königs gewartet hatten. Als der Wagen erschien, wurden unter dem Rufe: Es lebe die Republik! die Hände geschwungen. Amadeus war sehr blaß: Er neigte sich zum Grafen Rias und sprach ihm ins Ohr. Unter der Vorhalle der Kirche Santa Maria standen Nationalgarden und präsentierten das Gewehr. In diesem Augenblicke rief eine Stimme: „Nieder mit den Karlstinen!“ viele Andere stimmten ein. Der Wagen wendete sich nach dem Segovia-Thor; hier aber wünschte ein Posten dem Kutscher und rieb ihm, lieber nach Sax-Andrés zu fahren, weil dieser Weg minder besetzt wäre. Von San-Andrés nach dem Casino de la Reina ist der Weg nur kurz und von hier bis zum Bahnhof war die Volksmenge schon viel geringer.

Im „J. de Paris“ giebt Hr. Louis Teste, welcher kürzlich Spanien bereist hat, über die Mitglieder der neuen Regierung einige Aufschlüsse:

„Hr. Fieras ist Advokat in Madrid. Er gehörte, so viel bekannt, immer der republikanischen Partei an. Ob er die Eigenschaften eines Staatsmannes besitzt, kann ich nicht sagen; aber sein Talent ist unbestreitbar; es ist ein feiner und geschmeidiger Kopf, seine Manieren sind höflich; er hat sich in den parlamentarischen Verhandlungen der letzten Jahre oft hervorgethan. Was er von Orense sagte, war gleichfalls nur eine Artfeit. Orense, Marques v. Alba und Grande erste Klasse von Spanien, ist nur ein adeliges Original; der wahre Kopf der republikanischen Partei ist Fieras. Nächst ihm ist Hr. Castellar das bedeutendste Mitglied des Kabinetts. Jedermann kennt ihn. Er ist ein Professor der Madrider Universität, welcher wegen seiner Beredsamkeit, einer durchaus spanischen bildnerischen, pomphaften Beredsamkeit, bekannt ist. Hr. Castellar ist der Jules Favre von tra los montes. Er strebte sicher nicht nach den Bügeln der Regierung. Noch vorgestern telegraphierte er nach Paris, daß er, wenn man die Republik ausriefe, kein Amt annehmen würde. Nun mußte er seine Neigungen dem Glück des Volkes opfern und das auswärtige Ministerium übernehmen. Als die Moderados im Kongress noch die Mehrheit besaßen, hatten sie eine gute Art erfunden, die demokratischen Vorträge Castelars unschädlich zu machen. Nach jeder seiner rollenden Perioden riefen sie: Bravo, Castellar, bravo! Viva el primer orador del mundo! Die ganze Kammer stimmte ein, und um die Sache kammierte sich dann Castellar nicht mehr. Er ist übrigens ein außmlithiger Mann. Seine auswärtige Politik hat die Allianz der Völker lateinischer Race zur Grundlage, welche sich als Föderativrepublik organisierten, um gemeinsam das Autoritätsprinzip, dessen Vertreter das germanische Element sei, zu bekämpfen. Hr. Castellar wünscht demnach die Einführung der Republik in Frankreich, der wahren Republik, der Republik des Hrn. Gambetta, seines Freundes, und desgleichen die Einführung der Republik in Italien — ein Programm, für welches wir ihm die lebhaften Sympathien des monarchischen Europa versprechen können. Dabei ist aber Hr. Castellar nicht ein Barrifaden- oder Wirthshausrepublikaner. Er ist elegant, er hat ein Kreuzifix in seinem Kabinett, einen wohlzogenen Kammerdiener und Kameliens in seinem Salon. Bemerkenswerth ist, daß der Kriegsminister Don Amadeo's, General Córdova, im Buenavista-Palast geblieben ist. Der General

Córdova hat schon allen Parteien angehört; er war der Reihe nach Carlist, Montpensierist, Progressist, Alfonsoist, Sagastist, Amadeist, Zollrist; nun ist er Republikaner. Seine Kollegen, Beranger und Edegaray, waren ebenfalls Minister des zurückgetretenen Königs. Beide sind untergeordnete Erscheinungen. Edegaray ist jener Clubredner, welcher noch im vergangenen Jahre Don Amadeo so abgeschmackt lobte. Es wundert uns, daß Edegaray die Finanzen erhalten hat. Dieselben hätten füglich dem Hrn. P. y Margall zufallen sollen, welcher der Financier der Partei ist und dessen demokratischer Apostelhart der französische Bank in dem Abschlusse des neuen spanischen Unteben vielleicht Vertrauen eingesetzt hätte. Er übernahm statt dessen das Innere. Nicolas und Francisco Salmeron sind die spanischen Arago; mit Becerra werden sie die eigentlichen Arbeiter des Ministeriums sein. Was bedeutet nun diese Regierung Figueira's? Eine ohne Diskussion bei dem Abgang des Königs Amadeo von dem Kongress in einem Augenblick improvisierte Regierung, da der ganze Norden Spaniens dem Don Carlos gehört und weder das Land noch die Armee befragt worden ist — eine Regierung, welche nichts vertritt als sich selbst, eine lediglich madrider Regierung.“

Italien.

Rom, 15. Februar. Die Deputirtenkammer genehmigte einstimmig die von Minghetti, Ratazzi und vielen anderen Kammermitgliedern beantragte Erklärung, in welcher die Kammer dem Könige Amadeus für seine würdige und aufrichtig konstitutionelle Haltung ihre Ergebenheit und Anhänglichkeit ausspricht.

Großbritannien und Irland.

London, 15. Februar. Die diplomatischen Beziehungen mit dem Papste wurden gestern im Unterhause von dem schottischen Abgeordneten Aytoun in mißbilligender Weise zur Sprache gebracht, indem dieser den Unterstaatssekretär des Auswärtigen fragte, zu welchem Zwecke die Regierung noch einen Gesandten beim Papst unterhalte und welche Weisungen denselben ertheilt worden seien. Aytoun berief sich auf die Parlamentsakte von 1848, welche die Regierung zur Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit dem Souverän der römischen Staaten ermächtigte. Da die Regierung nun selbst nach einigem Schwanken zugegeben habe, daß der Papst keine weltliche Souveränität über irgend einen Theil auch nur der Stadt Rom mehr ausübe, so habe die Akte von 1848 keine Geltung mehr; und da ferner die Auffstellung zweier diplomatischer Vertreter in Rom so auszulegen werden müsse, als schließe man sich der Ansicht des Papstes an, daß der König von Italien ein Usurpator des römischen Gebietes sei, so werde die englische Regierung am italienischen Hofe den Verdacht der Unfreundlichkeit. Lord Enfield hatte leichtes Spiel mit der Zurückweisung dieser Vorwürfe, schon weil der Fragesteller den Fehler begangen hatte, den diplomatischen Agenten beim Vatikan als einen Gesandten zu bezeichnen. „Herr Clarke Jervoise“, erwiderte er, „ist keineswegs Gesandter beim päpstlichen Stuhle. Er ist nicht beauftragt und hat keine Instructionen im allgemeinen Sinne, wie man sie Botschaftern oder Geschäftsträgern ertheilt. Er ist ein Beamter des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und hat besondere Pflichten, welche jeden Augenblick eingestellt werden können. Er bildet keinen Theil der königlich britischen Gesandtschaft in Rom; er berichtet unabhängig hierher.“ Der Unterstaatssekretär verwies darauf auf die frühere Stellung Herrn Odo Russell's beim Papste; Herr Jervoise bleibe vorläufig in Rom, weil das Interesse der katholischen Unterthanen Ihrer Majestät zu Seiten eines Meinungsaustausch mit dem Papste wünschenswerth mache; und da die päpstliche Regierung jeden amtlichen Verkehr mit den bei dem Könige von Italien beglaubigten Vertretern fremder Mächte ablehne, so sei Herr Jervoise im Stande, Berichte zu liefern, welche die königliche Regierung auf anderem Wege nicht empfangen könne. Newdegate wiederholte noch einmal die wesentlichen Einwürfe Aytouns, worauf der Premierminister selbst sich in die Sache mischte und Lord Enfields Gründe unterstützte. Das Haus stellte sich auf die Seite der Regierung, indem es mit 116 gegen 63 Stimmen, wie schon per Telegramm berichtet worden, den formellen Antrag Aytouns auf Vorlegung von Schriftstücken verwarf.

Angland und Polen.

Petersburg, 12. Februar. Der grossartige Aufschwung, welchen unser Handel in der letzten Zeit genommen, beweist immer mehr die Unzulänglichkeit unserer Handelsgesetzgebung. Besonders klar hat sich der Mangel eines höheren Handelsgerichtes herausgestellt, über den die Kaufmannschaft schon seit lange klagt. Endlich soll nun diesem fühlbaren Mangel abgeholfen werden. Der Handelsminister hat ein Projekt ausgearbeitet, nach welchem die hiesige Handelskammer zugleich die Appellationsinstanz für die zu errichtenden Handelsgerichte werden soll. Aber gegen die Errichtung von nur einer Appellationsinstanz für das ganze Reich erheben sich gewichtige Stimmen. Russland hat nicht ein, sondern mindestens drei Handelszentren und zwar Petersburg, Moskau und Odessa, von denen jedes seine besondere Urfance hat. Ein Gericht, das nur aus petersburger Kaufleuten besteht, — so behauptet man, — kann unmöglich die Streitigkeiten zwischen Kaufleuten dieser Zentren richtig entscheiden. Man hofft, daß die Regierung diese gerechtsame Einwürfe berücksichtigen wird, da sie von sehr kompetenter Seite gemacht werden.

Amerika.

Der jüngste Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Modok-Indianern im nördlichen Kalifornien ist doch für erstere verhängnisvoller gewesen, als man erst vermutete. Die Modoks haben sieben Feldstücke erbeutet und einen beträchtlichen Vorrath Munition genommen. Die Truppen sind jetzt sicher untergebracht und warten auf die verschiedenen kleinen Verstärkungen, die bereits abgegangen sind. Erst nach Ankunft all dieser wird der Kampf nachdrücklich wieder aufgenommen werden. Eine Folge der Niederlage ist, daß die bisher den Weißen freundlich gesinnten Indianerisch den Modoks angeschlossen haben. Die in Havannah erscheinende „Voz de Cuba“ welche die amerikanische Einmischung in die kubanischen Sklaverei-Angelegenheiten nicht gern sieht, bemüht der Niederlage der Amerikaner, welche die Modoks ihnen beigebracht, zu einem bitteren Angriffe gegen die Vereinigten Staaten, deren Auftreten gegen Kuba es parodierte.

Lokales und Provinzielles.

Boden, 18. Februar.

— In der Provinz Preußen regt der voraussichtliche Abgang des Oberpräsidenten von Horn die Frage über die eventuelle Neubesetzung der obersten Verwaltungsstelle an. Aus Königsberg wird der „Kreuzztg.“ geschrieben, daß man schon nach dem Abgang des

Oberpräsidenten v. Eichmann die Hoffnung hege, an die Spitze der Verwaltung einen Mann aus dem Provinzialadel zu erhalten, der mit den heimischen Verhältnissen genügend vertraut sei. Dieser Wunsch tritt jetzt „wider lebhafter hervor.“ Aber „die Nachrichten, welche bis jetzt über die Wiederbesetzung dieses wichtigen Postens verlauteten, sind freilich nicht geignet, die Hoffnung auf Erfüllung jenes Wunsches zu beleben.“ Deutlicher drückt sich ein Korrespondent der „Danz. B.“ aus, indem er schreibt:

Der Abgang des Herrn Oberpräsidenten v. Horn wird wohl in der ganzen Provinz lebhaft bedauert; große Freude darüber herrscht aber in den Kreisen der Ultramontanen, denen Herr v. Horn schai auf die Finger fah und deren Ausschreitungen gegenüber er immer mit Einsicht und Energie die Autorität des Staates zu wahren wußte. Was man von dem als seinen Nachfolger bezeichneten Präsidenten der Seehandlung Hrn. Guenther zu erwarten oder zu fürchten hat, weiß man hier noch nicht, weil dessen politische Richtung hier noch zu wenig bekannt ist. Die Ultramontanen erwarten von ihm nicht viel, immerhin ist er ihnen aber lieber, als Hrn. v. Horn, weil wohl selten in einem Manne so viel Scharfsinn und Willenskraft vereinigt ist, als bei diesem. Worauf aber die Anhänger des Bischofs Krement hoffen, das ist eine lange Zukunft in der Ober-Präsidenten-Präsidienten-Elle. Die Geschichte eines Ober-Präsidenten der Provinz würden während dieser Zeit dem Hrn. Auerswald zufallen, und die Ultramontanen glauben allen Grund zu der Annahme zu haben, daß dieser ihren Bestrebungen wenigstens nicht feindlich gesinnt ist. Dieser äußerst liebenswürdige und joviale Herr hat noch von seinen Gymnasialjahren her (er besuchte das Gymnasium zu Braunsberg) viele intime Verbindungen mit einer Anzahl von hervorragenden Mitgliedern des ermländischen Klerus, er hat sich auch während der Reihe von Jahren, in denen er das Landratsamt des Braunsberger Kreises vertrat, stets mit der katholischen Geistlichkeit in das beste Einvernehmen zu setzen gewußt, und man zitiert von ihm Ausführungen, aus denen die Ultramontanen die Hoffnung schöpfen, daß er prinzipiell ihnen nicht feindlich gegenübersteht. Daß der als Nachfolger des Hrn. v. Horn genannte Herr Guenther jetzt zum Vorsitzenden der Untersuchungs-Kommission in der Eisenbahnangelegenheit ernannt ist, vermehrt ihre Hoffnung auf eine lange Balanz. Während dieser Zeit hoffen sie auf die Regelung mancher Sachen in ihrem Sinne, die später nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Wir aber wünschen und glauben, daß sie sich in ihrer Hoffnung auf die Gefüningungen des Herrn v. Auerswald täuschen werden.

r. Auch ein Theil des polnischen Adels hat am Sonntage dem Erzbischof Grafen Ledochowski durch Vermittelung des Grafen Mycielski zu Kobylepole und des Hrn. Raj. v. Morawski eine Vertrauensadresse überreicht, in der ähnliche Versicherungen der Treue niedergelegt sind, wie in den Dutzend-Adressen aus den Dekanaten, deren Wortlaut der „Kurier Pozn.“ noch andauernd mittheilt. Aus den Namen der Unterzeichner ersicht man, daß diese neueste Kundgebung von der Partei der sogenannten „Weißen“ unter den polnischen Adligen, d. h. den gläubigen Konservativen, ausgegangen ist. Man bemerkt da mehrere Herren: v. Chlapowski, v. Mycielski, die Grafen Poninski, Boltowski, Czarnecki, Skorzewski, Westerski-Awilecki, v. Krzyzanowski (den ehemaligen Reichstags-Abgeordneten), v. Haza-Radlic, und zum Schlus auch den Redakteur des „Kurier Pozn.“ Herrn v. Byczynski, früheren Redakteur des freimaurerischen „Dniem Poznański“. Zu unserem Erstaunen erblicken wir unter den Namen der Unterzeichner auch Gustav v. Potworowski und einen Hrn. v. Kurnatowski. So viel uns bekannt, gehören die Familien dieses Namens zu den Reformirten, und trotzdem nennen sich die Unterzeichner in der Adresse „Söhne der h. römisch-katholischen Kirche“. Keiner der Mitglieder der polnischen Reichstags- und Landtags-Fraktion hat die Adresse unterzeichnet, ebenso nicht die Fürsten Radziwill und Czartoryski, Graf Dzialynski, keiner der Herren v. Taczanowski, Niegolewski.

— Der „Graudener Gefellige“ enthält eine Korrespondenz aus unserer Provinz mit mehreren Enthüllungen, für welche wir dem Blatte allein die Verantwortung überlassen. Es heißt in jenem Bericht:

Der Adressen-Sturm der katholischen Geistlichkeit in unserer Provinz ist ein künstlich gemachter; der Erzbischof hat durch seine Leute an alle Defane der Diözese ein Zirkular erlassen, welches das Weiterverantwirte. Bei diesem Treiben ist auch eine neue Thatsache zur Erscheinung gekommen: es ist die zweifelhafte oder vielmehr staatsfeindliche Haltung der Religionslehrer an den höheren Schulen der Provinz. Der Religionslehrer am König-Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen, Kehler, hat eine Adresse verfaßt und Unterchristen gesammelt und selbst unterzeichnet. Die übrigen katholischen Religionslehrer aber glauben schlauer zu Werke gehen zu müssen. Sie begaben sich persönlich zum Erzbischof und legten dort ihre Gelübde ab, wohlweislich hinzufügend, sie wollten durch Unterzeichnung nicht die Folgen auf sich ziehen und so der Kirche einen Schaden zufügen. Auch der Direktor des katholischen Seminars, Herr Speer, hat dem Erzbischof minderlich seine unverbrüchliche Treue im Kampfe verichert, vor der Welt wollte er den Schein der Ruhe wahren. Das sind Zustände, die der größten Aufmerksamkeit der Staatsbehörde bedürfen. Gegen solche sittliche Agitationen in den Schulen, vor allem in den katholischen Seminarien, hilft kein Gesetz, hier ist nur ein Radikalmittel: Entfernung der Geistlichkeit aus den Lehrerseminarien und Besetzung der Direktorenstellen durch wirkliche Schulmänner.

— Zur Feier des vierhundertjährigen Jubiläums des Copernicus bereitet heute im polnischen Theater eine Festvorstellung statt.

r. Der polnische Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend hielte am Donnerstag unter Vorsitz des Hrn. Bl. v. Bentkowsky im Bazaarssaal seine jährliche Generalversammlung ab. Dieser Verein, welcher vor 32 Jahren durch den bekannten Arzt Dr. Marcinkowski gegründet wurde, hat auch im vorigen Jahre eine große Anzahl von polnischen Studirenden pp. unterstellt. Nach dem verlesenen Berichte betragen die Einnahmen pro 1872: 1429 Thlr. (davon ca. 10.000 Thlr. freiwillige Beiträge, das Uebrige Zinsen der Kapitalien etc.); verausgabt wurden 13418 Thlr.; gegenwärtiger Bestand: 4758 Thlr. baar, 2729 Thlr. in Papieren. Unterstellt wurden 173 junge Leute, davon 39 auf Universitäten, 10 auf der Bau- und Gewerbe-Akademie zu Berlin und auf anderen höheren Lehranstalten, 44 auf Gymnasien, 3 in der Realschule zu Posen, 67 in Lehrerseminarien; 103 jungen Leuten, die gleichfalls um Unterstüttungen eingekommen waren, mußten dieselben wegen mangelnder Röns versagt werden. Das Kapitalvermögen des Vereins hat sich im vergangenen Jahre um ca. 20.000 Thlr. vermehrt (darunter 10000 Thlr. vom Grafen Matth. Mielzynski, deren Zinsen zur Unterstützung eines Studirenden aus der Marcinkowski'schen Familie verwendet werden sollen). Am reichsten flossen die Beiträge aus der Stadt Posen: 1223 Thlr., und aus dem Kreise Samter: 721 Thlr., am spärlichsten aus den Kreisen: Chodzien (61 Thlr.) Bromberg (47 Thlr.); der Kreis Referis hatte gar keine Beiträge aufgebracht. Der Vorstand zählt 15 Mitglieder, darunter Prälat Brzezinski (Vorsitzender) Professor Dr. Rymarkiewicz (stellvertretender Vorsitzender) der Weißbischöf Janiszewski, der Abg. Kantak und Begener, die Grafen Miecz. Lewicki und Mielzynski, Dr. Witnitski, Dr. Matecki, Professor Dr. Moty 2c. — Ein Antrag des Hrn. v. Szczaniecki, der Verein möge den Delegirten zur Copernicusfeier nach Thorn senden, wurde von der Versammlung abgelehnt, indem dagegen geltend gemacht wurde, der Verein sei kein wissenschaftlicher, sondern ein Wohltätigkeits-Verein.

— Aus der polnischen Emigration. Der durch soziale Stellung und politischen Einfluß bervorragende Emigrant, der in einem vertraulichen Briefe an ein Mitglied der galizischen Reichsratsdelegation

(Fortsetzung in der Beilage.)

tion den unmittelbaren Wahlen so eifrig das Wort geredet haben sollte, und dessen Name sowohl den österreichischen Zentralisten wie den Polen bisher ein Geheimnis war, ist endlich entdeckt. Es ist, wie der "Gazeta narod," aus Paris berichtet wird, der Fürst Vladislau Czartoryski, der aus Freundschaft für den Grafen Andrassy, zu dem er als Mitglied des ungarischen Magnatenhauses in sehr vertraulichen Beziehungen steht, jenen Brief an das Mitglied der galizischen Reichsratsdelegation durch seinen Geheimsekretär Wyżynski schreiben ließ und sich der Feder desselben auch bedient, um im "Journal des Deputats" für die unmittelbaren Wahlen in Österreich zu agitieren. Die Wortsführer der Emigration haben sich beilebt, gegen das unbefugte Auftreten des Fürsten Czartoryski in dieser Angelegenheit öffentlich zu protestieren, und sprechen der Agitation derselben für die unmittelbaren Wahlen in Österreich jede Bedeutung ab. — Der bekannte Dr. Severin Galenowski, der Vorsteher der Emigrantenschule von Batignolles, weilt seit einigen Wochen in Mexiko, wo er in früheren Jahren längere Zeit als Arzt praktizierte und sich bedeutende ländliche Beziehungen erworben hat. Nach einem von ihm nach Paris gelangten Briefe leben in Mexiko zahlreiche Polen, von denen mehrere zu großem Reichtum gelangt sind. Der Maler Matejko in Krakau, der sich eines bedeutenden Rufes erfreut, ist zum korrespondirenden Mitgliede der pariser Akademie der schönen Künste ernannt worden. Der Emigrant Dr. juris. Bonkowksi, ein eifriger Anhänger der Towianski'schen Schule, hat bei dem französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Anstellung als polnischer und russischer Dolmetscher erhalten. Es ist bemerkenswerth, daß der in Paris bestehende Verein zur Sicherung der revolutionären Agitation in Elsaß-Lothringen unter seinen Mitgliedern zahlreiche Polen zählt und daß auch der Präsident desselben (Bolowski) ein Pole ist. Ein besonders eifriges Mitglied des Vereins ist ungeachtet ihrer preußischen Unterthanachaff die Frau Gräfin Dzialynska, die für die Zwecke derselben einen Jahresbeitrag von 2000 Thrs. gegeben hat. Das Kuratorium der Emigrantenschule in Batignolles zeigt in seinem Verwaltungsbereich pro 1872 an, daß die Schule für d. J. aufgelöst werden wird. Die polnischen Emigranten in London bereiten ein polnisch-englisches Meeting zur Feier des 400. Geburtstages des Nikolaus Copernicus vor.

* Auf der Ostbahn erreichte der Kurierzug, welcher Sonntag Abends von Berlin abging, nicht den Anschluß an den Zug der Star-gard-Posener Bahn, weil bei Driesen ein Güterzug, dessen Lokomotive einen Schaden erlitten hatte, die Bahn sperre.

* Der Zweck heiligt die Mittel. Zwei Personen erschienen Sonntag Abends in dem Polizei-Wachlokal und baten inständig um ein Nachtquartier, da sie obdachlos seien. Als ihnen dies nicht gewährt wurde, begaben sie sich nach einem benachbarten Tabakladen und schlugen hier eine Spiegelscheibe im Werthe von 15 Thlr. ein. Sie ließen sich mit der größten Bereitswilligkeit verhaften und hatten auf diese Weise erreicht, was sie wünschten, ein freies Quartier nicht bloß für eine Nacht, sondern sogar auf längere Zeit.

* Die Straßen unserer Stadt werden im nächsten Sommer mit Hilfe der städtischen Wasserleitung und der Sprengwagen regelmäßig gepflastert werden, falls die Hausbesitzer sich bereit erklären, dafür einen Beitrag von 3 Sgr. pro laufenden Meter und ganzes Jahr zu zahlen. Man darf wohl voraussetzen, daß dieser geringe Beitrag gern entrichtet werden wird.

* Auf der Halbdorfstraße wurden einem Ober-Stabsarzt die Betten seines Büros im Werthe von ca. 12 Thlr. gestohlen.

* Polizeibericht. Verloren: eine goldene Herrn-Uhrkette, ein Coupon über 20 Thlr. Gefunden: ein brauner Bisam-Pelzfracken, ein alter grünseidener Regenschirm. Zugelaufen: ein brauner Jagdhund mit Halsband und Kette.

** Dobrzica, 15. Februar. [Vorschußverein.] In der am 9. d. M. abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Vorschußvereins E. G. ergab der Jahresbericht pro 1872 (5. Geschäftsjahr) folgendes: Die Zahl der Mitglieder betrug 70. Im Reservefonds waren 57 Thlr., das Mitglieder Guthaben betrug 791 Thlr., das Sparconto 49 Thlr., das Anteilekonto 2630 Thlr., Kassenbestand am Jahresende 50 Thlr., ausstehende Forderungen 3635 Thlr. Vorschüsse waren 167 im Betrage von 10645 Thlr. gegen 8 Prozent Zinsen gegeben worden. Die Dividende ergab 8½ Prozent und die Gesamteinnahme und Ausgabe 23980 Thlr. Berlin: keine.

* Grätz, 15. Februar. [Städtische Sparkasse. Sammlung für die Überfahrt wemmen. Verhaftung. Höhere Töchtererholen.] Der Geschäftsverkehr bei der Sparkasse hat sich im Laufe des Jahres 1872 in erfreulicher Weise gehoben, denn die Einlagen haben sich gegen das Vorjahr um 2159 Thlr. vermehrt; ebenso haben sich die Sparer um 14 gegen das Vorjahr vermehrt. Die Einlagen — 8021 Thlr. im Ganzen — werden den Sparern mit 4% verzinst, von den ausgeliehenen Kapitalien dagegen 6% Zinsen erhoben. Aus dem Reservefonds sind mit Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten im Jahre 1872 400 Thlr. zum Anlauf eines städtischen Lazarettes entnommen worden. — Aus dem Polizei-Distrikte Grätz sind für die, durch die Sturmfluten vernaglückten 25 Thlr. aufgekommen. — Der Gastwirt B. aus unserer Nachbarstadt B. ist wegen Meineides verhaftet und in das hiesige Kreisgerichts-Gefängnis eingeliefert worden, wo er von der Todesstrafe befreit worden sein soll. — Der Geistliche Herr Dr. Schroeder hat die unentgeldliche Erteilung des Unterrichts in der deutschen Sprache und Literatur in der hiesigen höheren Töchtererholung zugesagt, — was im Interesse dieser Anstalt dankend anerkannt werden mag. —

* Hohensee, 13. Februar. [Schulangelegenheiten.] Am 14. d. M. besuchte der königliche Landrat Herr B. aus Schrimm die hiesige Schule und vermittelte darin die Winkelmannschen Bildertafeln. Er ordnete an, dieselben in drei Wochen anzukaufen und ihm darüber Bericht zu erstatten. Gestern befahl der Schulvorstand den Auftrag, gegen Zahlung von 8 Thalern die Bildertafeln auf dem f. Distriktsamt in Bnin, wohin sie auf Ordre des Herrn Landrats gebracht werden, abzuholen. In diesen Tagen kommt der f. Lehrer K. aus P. vor die Pensionierungskommission. Der Mann hat seine 45 Dienstjahre hinter sich, und hoffentlich wird man ihm den Brotkorb nicht zu hoch hängen.

* Kreis Krotoschin, 13. Februar. [Statutenprämierung; Sparkasse.] Der landwirtschaftliche Verein des krotonskiner Kreises wird am 24. d. M. Vormittags 10 Uhr die Prämierung von Zuchttieren durch Freidesscheine, von Fohlen durch Geld in Kosmin an der Neithahn vornehmen. — Die Sparkasse zu Bnin hat ihre Geschäftsergebnisse pro 1872 veröffentlicht. Nach dem Geschäftsbuchbericht betrug zunächst die Einnahme a) aus dem Bestande pro 1871 7750 Thlr. b) die neuen Einlagen 7678 Thlr. und c) die Zinsen von ausgeliehenen Kapitalien 625 Thlr., zusammen also 16.053 Thlr. Die Ausgabe dagegen a) an zurückgenommenen Einlagen und Zinsen von denselben 3529 Thlr. b) an Verwaltungskosten und Beitrag zum Reservefonds 176 Thlr., in Summa also 3768 Thlr., so daß derselbe mit einem Bestand von 12.285 Thlr. abschloß.

* Rissia, 14. Februar. [Vorschußverein. Feierliche Beerdigung. Adresse. Vortrag. Sparkasse.] Der Beerdigungsabschluß des hiesigen Vorschußvereins für das Jahr 1872 ergibt eine Einnahme von 432,693 Thlr., eine Ausgabe von 417,005 Thlr. und einen Bestand von 15,688 Thlr. Die Einnahme weist nach: in Kasino-Konto 13.846 Thlr., Reservefonds 174 Thlr., Guthaben 4325 Thlr., Vorschüsse 317,407 Thlr., Renten 5330 Thlr., Darlehen-Konto 4000 Thlr., Spareinlagen 85,915 Thlr., Geschäftskosten-Konto 93 Thlr. und Effeten-Konto 1600 Thlr. Die Ausgabe stellt auf: im Guthaben-Konto 1234 Thlr., im Vorschuß-Konto 338,978 Thlr., im Darlehen-Konto 8085 Thlr., an Spareinlagen 65,142 Thlr., an Zinsen 2682 Thlr. und an Geschäftskosten 883 Thlr. Die Bilanz ergibt einen Reingewinn von 1848 Thlr. 15 Sgr. 3 Pf. — Heute fand die Beerdigung des am Koblenzdampe erstickten Sergeanten Jänsch mit allen militärischen Ehren statt. Die Ordensinsignien desselben (Eisernes Kreuz 1. und 2. Kl.) wurden der Leiche vorangestragen. Das gesamte Offizierkorps, das Bataillon in corpore und Deputationen des Husarenregiments gaben dem braven Krieger das letzte Geleit und die Re-

imentskapelle spielte Trauermarsche. Auf dem Kirchhofe gab das Polizeikommando über dem Große die üblichen Ehrensalven. — In der hiesigen Stadt zielte eine Danzadresse an den Abgeordneten Pasker, die bereits zahlreich mit Unterschriften bedeckt ist. — Im Handwerkervereine zu Rawicz hielt am 10. d. M. Herr Dr. Werner einen Vortrag über das Mikroskop und das Fernrohr. — Die städtischen Sparkassen zu Lissa und Braunsdorf weisen ult. Januar nach: ein Einlagenbestand resp. 124,144 Thlr. und 39,200 Thlr. neue Einlagen pro Jan. c. resp. 11,217 Thlr. und 1441 Thlr. Summa Einnahme resp. 135,362 Thlr. und 40,611 Thlr. Rückzahlungen im Jan. c. resp. 7816 Thlr. und 1532 Thlr., sonach Einlagenbestand ult. Jan. c. resp. 127,545 Thlr. und 39,108 Thlr.

* Neustadt v. P., 14. Februar. [Schulrevision.] Der Königl. Kreis-Schulinspektor der beiden Kreise Samter und Baf, Herr Sklarzyk aus Samter, ist am 11. d. M. hier eingetroffen und hat an diesem und am folgenden Tage die hiesigen und die in den nächsten Orten gelegenen Schulen revidirt.

S. Samter, 14. Februar. [Kohlendampf. Anträge bei Polizeibehörden.] In Bialystok stand diese Woche die Dampfmaschine des hiesigen Maschinenbesitzer Koestel in Thätigkeit. Der Maschinist und der Heizer waren den Tag über im Freien gewesen, und als sie Abends nach ihrer mit Kohlen geheizten Stube kamen, öffnete der Maschinist die hermetisch schließende Fensterläden und setzte sich auf einen Stuhl vor das Feuer, während die Klappe geschlossen war. Er wurde am Morgen tot vorgefunden; der Heizer war noch am Leben, aber man zweifelt an seinem Aufkommen. — Ein hiesiger Kaufmann erbat sich bei dem Distrikts-Kommissarius zu Dobnik Auskunft darüber, wohin ein in derselben Bezirk ansässiger Ackerwirth verzogen und welche Nummer dessen Grundstück führt. Weil aber die Anfrage nicht auf einen Stempel von 5 Sgr. geschehen war, wurde der Becheid auf einem Stempel von 20 Sgr. gegeben, dessen Annahme der Antragsteller verweigerte. Auf die Beschwerde derselben bei der Königl. Regierung wurde ihm durch das Königl. Landratsamt der Bescheid, daß die Beschwerde unbegründet sei, weil nach dem Tarif des Stempelgeleges vom 7. März 1822 welches zur Zeit noch in Kraft stand, die Beleidigung einer Person von 5 Sgr. und die daraus zu erlassende Beleidigung der Behörden einem solchen von 15 Sgr. unterliegen.

* R. Wollstein, 14. Februar. [Herberge „zur Heimat“. Feuer. Für die Verunglückten an der Ostsee.] Nach dem Fleckenheitsbericht des Vereins "gegen Bettelai und zur Unterstützung armer Handwerker" sind im Jahre 1872 936 Mann in der Herberge „zur Heimat“ eingewandert, was eine Ausgabe von 134 Thlr. verursachte. Die Einnahme betrug 164 Thlr., und es verblieb demnach ein Bestand von 30 Thlr. Unsere städtischen Behörden haben der Vereinstafse eine Beihilfe von 25 Thlr. aus städtischen Mitteln gewährt. Der Verein zählt zur Zeit 140 Mitglieder. — Gestern Abend gegen 8 Uhr brach auf dem Gehölz des Schulen Dresler in Schwenten Feuer aus, wobei das Wohnhaus und sämmtliche Stallungen ein geschickt wurden. D. dessen Frau sich im Wochbettel befestigte, ist mit seinen Mobilien nicht verschont gewesen und hat daher einen sehr empfindlichen Verlust erlitten. Man vermutet, daß das Feuer durch ruchlose Hand angelegt sei. — Für die verunglückten Bewohner des Ostseestrandes sind wiederum 50 Thlr. an das hiesige Landratsamt eingegangen, worunter 25 Thlr. als Ergebnis einer Sammlung im Polizeidistrikte Rakwitz durch den Distriktskommissarius Herrn Biese meier.

* K. Birke, 16. Februar. [Sektion. Verein gegen Hausschutt. Bettelei. Arzt.] Im Sommer v. J. wurde in einem Fliege bei dem Dorfe Mylin die Leiche der Wirthsfrau Eiszał vorgefunden. Schon damals bezeichnete die vox populi den Wirth Eiszał als den Todesfeind seiner Ehegattin, und zwar ist jedoch die eingeleitete gerichtliche Untersuchung zu keinem Resultate geführt. Vor einigen Wochen hat die Königl. Staatsanwaltschaft die Untersuchung der Sache von Neuem aufgenommen, und hat sich vergangenen Freitag eine Gerichtskommission an Ort und Stelle begeben, wobei auch die Sektion der schon über ein halbes Jahr im Grabe ruhenden Leiche von den Gerichtsärzten vorgenommen wurde. Der Haupt-Befestigungszunge ist ein taubstummer Knabe, der, von einem Taubstummen-Lehrer aus Posenexaminiert, ausgesagt hat, er hätte, unweit vom Schauplatze der That die Gänse hütend, gesehen, wie ic. Eiszał seine Ehehälften unter lautem Schimpfworten zuerst auf rohe Weise geschlagen und mißhandelt und dann nach dem nahen Fliege geschleppt habe. Bei so gravirenden Verdachtsmomenten ist ic. Eiszał auf den Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft festgenommen worden. — Um der in hiesiger Stadt blühenden Hausbettelai in etwas zu steuern, haben mehrere hiesige Bürger beschlossen, einen Verein gegen Hausbettelai, nach Art der in größeren Städten bestehenden, zu gründen, und ist ein Komitee unter Vorsitz des Herrn Pastor Kridau zusammengetreten, um die einleitenden Schritte zu thun. Behufs Konstituierung und Berathung der vom Komitee vorgelegten Statuten war für gestern Abend im Klarwitzerischen Saale eine Generalversammlung der Interessirten anberaumt, zu der ca. 30 hiesige Mitbürger, darunter auffallend wenige jüdische Konfession, erschienen waren. Die Durchberatung und Annahme der einzelnen Paragraphen ging im Ganzen ziemlich glatt von Statten; nur der Paragraph, welcher die auswärtigen Bettler von der Unterstützung seitens des Vereins ausschließen wollte, führte zu einer heftigen, ja stürmischen Debatte. Es siegte die Ansicht derer, welche alle Bettler ohne Ausnahme, einheimische wie fremde, berücksichtigt wissen wollten. Der Antrag eines Mitgliedes, man möchte den Schildern der Vereinsmitglieder neben der Aufschrift: "Verein gegen Bettelai" auch eine polnische geben, da die meisten Bettler wohl nur polnisch lesen könnten, wurde von den Herren Schornsteinfegermeister Kapelski und Lehrer Benski in wilhauer Weise aus Sparmautnahmen bekämpft. Schließlich wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten und wurden auf drei Jahre durch Auktionswahl gewählt: die Herren Böttchermeister Kłosowski, Lehrer Benski und Färbermeister Jutsche. Nach dem Systeme der Selbstbesteuerung wurde von den Anwesenden sofort ein jährlicher Beitrag von nahe an 100 Thlr. gezeichnet, der sich in kürzester Frist schon verdoppeln dürfte. — An Stelle des nach Mejeritz als Kreisphysikus versetzten Dr. Hoffmann hat sich hiesigen Orts der praktische Arzt Dr. Wysocki aus Gostyn niedergelassen.

* Kreis Krotoschin, 13. Februar. [Statutenprämierung; Sparkasse.] Der landwirtschaftliche Verein des krotonskiner Kreises wird am 24. d. M. Vormittags 10 Uhr die Prämierung von Zuchttieren durch Freidesscheine, von Fohlen durch Geld in Kosmin an der Neithahn vornehmen. — Die Sparkasse zu Bnin hat ihre Geschäftsergebnisse pro 1872 veröffentlicht. Nach dem Geschäftsbuchbericht betrug zunächst die Einnahme a) aus dem Bestande pro 1871 7750 Thlr., b) die neuen Einlagen 7678 Thlr. und c) die Zinsen von ausgeliehenen Kapitalien 625 Thlr., zusammen also 16.053 Thlr. Die Ausgabe dagegen a) an zurückgenommenen Einlagen und Zinsen von denselben 3529 Thlr. b) an Verwaltungskosten und Beitrag zum Reservefonds 176 Thlr., in Summa also 3768 Thlr., so daß derselbe mit einem Bestand von 12.285 Thlr. abschloß.

* Rissia, 14. Februar. [Vorschußverein. Feierliche Beerdigung. Adresse. Vortrag. Sparkasse.] Der Beerdigungsabschluß des hiesigen Vorschußvereins für das Jahr 1872 ergibt eine Einnahme von 432,693 Thlr., eine Ausgabe von 417,005 Thlr. und einen Bestand von 15,688 Thlr. Die Einnahme weist nach: in Kasino-Konto 13.846 Thlr., Reservefonds 174 Thlr., Guthaben 4325 Thlr., Vorschüsse 317,407 Thlr., Renten 5330 Thlr., Darlehen-Konto 4000 Thlr., Spareinlagen 85,915 Thlr., Geschäftskosten-Konto 93 Thlr. und Effeten-Konto 1600 Thlr. Die Ausgabe stellt auf: im Guthaben-Konto 1234 Thlr., im Vorschuß-Konto 338,978 Thlr., im Darlehen-Konto 8085 Thlr., an Spareinlagen 65,142 Thlr., an Zinsen 2682 Thlr. und an Geschäftskosten 883 Thlr. Die Bilanz ergibt einen Reingewinn von 1848 Thlr. 15 Sgr. 3 Pf. — Heute fand die Beerdigung des am Koblenzdampe erstickten Sergeanten Jänsch mit allen militärischen Ehren statt. Die Ordensinsignien desselben (Eisernes Kreuz 1. und 2. Kl.) wurden der Leiche vorangestragen. Das gesamte Offizierkorps, das Bataillon in corpore und Deputationen des Husarenregiments gaben dem braven Krieger das letzte Geleit und die Re-

diesem Jahre in Angriff genommen wird, können wir noch nicht behaupten. Zeit wäre es! — Am 11. fand eine Sitzung des landwirtschaftlichen Kreis-Vereins statt. Der Anschluß des Zentral-Vereins an den zu gründenden Haupt-Zentral-Verein in Polen wurde für die Sitzung im März vorberaten. — Der technische Verein hat für seine Sitzung am 17. Februar die Aufnahme von 4 neuen Mitgliedern, einen Vortrag des Rechtsanwalt Herrn Föll über das Gewerbegerecht, einen Vortrag des Herrn Dr. Menard über pneumatische Klingelzüge, einen Bericht des Herrn Louis Lewy über das Rallklager bei Barcin und einen Vortrag des Herrn Weise über Füllsägen angemeldet bekommen. Die Sitzungen finden jetzt im Saale des Englischen Hauses statt.

* Chodziezen, 14. Februar. [Dilettanten-Vorstellung. Personalien.] Die Dilettantenvorstellung zum Besten der Besiedlungen der Orla ging am vorigen Sonntag mit dem schönsten Erfolg von Statten. Obwohl das Entrée nur mit 15 Sgr. bemessen und der Saal nicht sehr groß war, trug der Abend doch 132 Thlr. 15 Sgr. ein, da von einzelnen Besuchern, die bis aus Margonin's-Dorf um des guten Zwecks willen sich eingefunden hatten, bis zu 5 Thlr. pro Person Eintrittsgeld gezahlt wurde. Nach Abzug der Kosten konnten 100 Thlr. an das Komitee zur Unterstützung der Verunglückten an der Orla gesandt werden. Sehr großes Verdienst hat sich Herr Dr. med. Guttmann um das Arrangement der Vorstellung erworben. — In einigen Wochen verläßt der erste Lehrer an der jüdischen Schule, Herbst, unser Ort, um in Poln.-Lissa eine Lehrstelle zu übernehmen. Ebenso verläßt uns Fräulein Rader, die Leiterin der höheren Töchterschule, um in Straßburg Stellung zu nehmen. Fräulein Kranz von hier, die Tochter unseres Steuerraths, wird an ihrer Stelle die Leitung der Töchterschule übernehmen.

* Kreis Nowraclaw, 15. Februar. Kreisdeputirter. Toller Hund. Überläufer. Prämienvon. Verzerrungen. [Petition.] Zum Kreisdeputirten des diesseitigen Kreises ist der Rittergutsbesitzer Graf zu Solms auf Radajewo gewählt worden. In Broniszlaw hat ein toller Hund mehrere Hunde gebissen. — Das straßende Distrikts-Amt fahndet auf 3 russische Überläufer, die sich heimlich aus ihrem Dienst entfernt haben. Eine Prämie von 5 Thlr. ist dem Käfiger Martin Wobyczowski aus Kruszwica für die Rettung des Josef Krawczak aus Ostrowek vom Tode des Ertrinkens bewilligt worden. — Der landwirtschaftliche Verein des diesseitigen Kreises hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, einen Aktienverband zur Beschaffung von Absatzföhren aus Ostpreußen zu bilden und sollen höchstens 80 Aktien à 50 Thlr. ausgegeben werden. — Auf eine bis jetzt unerklärte Weise verschwand vor einigen Tagen eine Arbeiterfrau aus Plawie. Die Frau besuchte eines Tages ihre Eltern in Rominieb und wurde auf ihrem Heimwege von ihrer Mutter bis Gieße begleitet, von dort ab verschwindet die Spur der Frau. Man verdächtigt den Mann der Verschwundense als deren Mörder. — Heute Nachmittag wurde das ehemalige Empfangsgebäude auf dem Nowraclawer Bahnhof — eine Bretterbude, deren sich noch viele Reste erinnern werden, die unsere Hauptstadt passiert haben, — ein Raub der Flammen. Die Empfangsräumlichkeiten bestanden sich glücklicher Weise schon seit längerer Zeit in dem angefangenen Empfangsgebäude, so daß der Brand dem Eisenbahnbetrieb weiter keinen Eintrag thut. — Der Lokalverein der Nowraclawer städtischen Elementarlehrer beschloß in seiner Versammlung am 12. d. M. den Beitritt zu der vom posener Provinzialverein projektierten Petition an den Unterrichtsminister und die Bezirks-Regierungen um Aufbesserung der Lehrergehälter.

Aus Nossen wird von demstellvertretenden Bürgermeister Herrn Lück zur Berichtigung mitgetheilt, daß er von der Nichtbestätigung des Bürgermeister gewählten Lehrers Hrn. Dalski zur Zeit (15. Febr.) noch nichts wisse.

Noch einmal die Achtung der Spiritusfässer.

(Aus der Provinz eingesandt.)

Auf die in der Sonnabendnummer der Posener Zeitung wiederholte zur Sprache gebrachte Angelegenheit, die Achtung der Spiritusfässer betreffend, zurückkommend, glaube ich doch der Vermessung durch die Achtämter das Wort reden zu müssen.

Wenn es auch richtig ist, daß Irthümer auch bei einem Achtameter vorkommen können, so ist trotzdem nur ein solches und nicht ein jeder Böttcher kompetent zur Beglaubigung des Inhalts der Fässer und zwar aus folgenden Gründen:

1) ist der Achtmeister ein vereidelter Beamter, hat als solcher für seine achtamtlichen Handlungen volle Verantwortlichkeit zu tragen, steht unter Kontrolle eines Provinzialbefs und wird außerdem von

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Gegen Auskündigung der Dividendencheine pro 1872, welche von den am 31. Dezember 1872 in unseren Büchern als Einzelbücher der Aktie eingetragenen Aktionären nicht sein müssen, kann die für das Jahr 1872 festgestellte Dividende von Thlr. 28½ pro Aktie vom Montag, den 17. Februar a. o. ab, an unserer Hauptkasse, im Gesellschaftshause, Breite-Weg Nr. 7 u. 8 hier, in Empfang genommen werden.

Magdeburg den 16. Februar 1873.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.
Für den Verwaltungsrath
Schrader. Der General-Director
Friedr. Knoblauch.

Mit der Auszahlung der Dividende pro 1872 für die Provinz Posen sind wir bis ultimo März h. a. b. auftragt.

Posen, den 17. Februar 1873.

Die General-Agentur
der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.
Annuss & Stephan.

Börsen-Telegramme.

Ein vollständiges Schmiedehandwerkzeug ist preiswürdig zu verkaufen bei Robert Scheitschein in Nandel bei Benschen.

Agenten

zum Verkaufen von Stahl etc. gesucht. Gute Provision. Fr. Offerten sub B. 172 befördert die Annonsen-Sped. von Rudolf Moosse, Köln, Marcellstr. 10.

Zu der am 5. April 1873 stattfindenden

Kölner Pferde- u. Equi-pagen-Lotterie sind Lose à 1 Thlr. in der Egyd. der Posener Zeitung zu haben.

Beste Gas Kohlen, Stück- und Klein- für Gasanstalten,

Prima Qualität offerirt billigst

Philipps Nathan,

Friedrichsgrube per Orzesche.

Für Gartenbesitzer und Gärtner offerirt:

günstige niedrige Grasarten zur Anlage eines kleinen Gartens oder Bleichraums à Thlr. 13 Thlr. à Pfund 4 Sgr.

Niedrige feinblättrige Grasarten für Topfengarten, Schmuckrasen,

Parterre's hochste Qualität à Thlr. 20 Thlr. à Pfund 7½ Sgr.

Magdeburg.

C. A. Grasemann,

Gartengesellschaft Engros & Detail.

Geröstete Weichsel-Neunungen, per Schot 2 2/3 Thlr. bei Julius Tetzlaff, Danzig.

Berliner Käse. 25 sind 2 Käse, wohnungen und die Haushälterie vom 1. April zu vergeben.

Wilhelmsplatz 10. ist eine Dachstube z. vermieten

Friedrichsstr. 22 sind Wohnungen in der 1. und 3. Etage von je 5 Zimmer und Zuböhör zum 1. April zu vermieten. Näheres beim Photographen Koewenthal.

Düchtige Köchin, Stubenmädchen u. können sich melden Kl. Gerberstr. Nr. 8 bei Mutterfrau M. Schneider.

Mehrere Studentinnen, 1 Zimmer warten Belegung ab. Graben 31, Brüderhaus Wischanowska.

B. u. G. Juni-Juli 18 1/2 B., Juli-August 18 1/2 B., August-Sept 19 1/2 B. — Blau fest.

Breslau, den 17. Februar. (Landmarkt.)

zu Thlr. Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms.

feine mittl. ord. Ware.

Beizien-Deput.	Weizen w.	8	24	—	8	2	6	20	—
Beizien-Deput.	do. g.	8	8	—	7	24	6	18	—
Beizien-Deput.	Roggen	6	—	—	5	24	5	11	—
Beizien-Deput.	Gerste	6	12	—	5	6	4	24	—
Beizien-Deput.	Hafser neu	4	10	—	4	4	4	2	—
Beizien-Deput.	Hafser	5	10	—	4	25	4	15	—

Per 100 Kilogramm

feine mittl. ord. Ware.

Beizien-Deput.	Raps	9	27	6	9	12	6	8	27	6
Beizien-Deput.	Winterrüben	9	5	—	8	20	—	7	27	6
Beizien-Deput.	Sommerrüben	9	5	—	8	7	6	7	7	6
Beizien-Deput.	Dotter	8	15	—	7	25	—	7	15	—
Beizien-Deput.	Schlaglein	9	—	—	8	15	—	7	15	—

(Bresl. Höls. BL)

Bromberg, 15. Febr. Weiler: Thlr. Morgens 30 — Mittags 10+. — Weizen: 126 128 pf. 78—83 Thlr. 129—131 pf. 84—85 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — Roggen 120 122 pf. 52—53 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — Erbien nach Dual. 42 43, 44 Thlr. pr. 1000 Kilogr. — Spiritus 17 1/2 Thlr. pr. 100 Liter à 100%.

(Bromb. Blg.)

Berliner Viehmarkt.

In Berlin, 17. Febr. Auf heutigem Viehmarkt waren an Schlachtwiegen zum Verkauf angetrieben: 271 Südl. Rinder, 545 St. Schweine, 7801 Südl. Schafe, 1268 Südl. Kälber. — Die verstärkten Beflüchtungen gaben dem Markt eine trübe und schleppende Entwicklung. Hornvieh behauptete nur schwierig die vorwöchentlichen Preise. Die Exportländer verbreiteten sehr still und ebenso beschränkte sich der Schlachtkram auf ein Minimum. Südl. Rinder bestätigte die bisher unverkauft zurück. Rindfleisch auf 100 Pfds. Fleischgewicht 18—19 Thlr., mittlere 14—15 Thlr., ordinäre 12—13 Thlr. — In gleicher Weise verlor das Verkaufsgebot für Schweine. Beste fette Rindfleisch wurde höchstens mit 19 1/2 Thlr. pro 100 Pfds. Fleischgewicht bezahlt. Hammel bewegten sich mit einiger Verhaftigkeit. Schweine Thiere wurden pro 45 Pfds. mit 8 Thlr. bezahlt. — Kälber blieben matt und erzielten nur Mittelpreise.

Preis-Courant

pro 100 Pfund
der Mählen-Administration zu Bromberg
vom 16. Februar 1873.

Benennung der Fabrikate.	Unver- steuert, M. Sgr.	Ver- steuert, M. Sgr.	Benennung der Fabrikate.	Unver- steuert, M. Sgr.	Ver- steuert, M. Sgr.
Weizen-Mehl Nr. 1.	6 10	7	1	2	2
	5 26	6	27	1	24
	3 20	—	Gruppe Nr. 1.	8 10	8 23
Flitter-Mehl	2	2		3	5
	1 12	1 12		6 13	6 29
Roggen-Mehl Nr. 1.	4 10	6 17	Grütze Nr. 1.	5 4	5 17
	2 26	4 3		4 20	5 3
	3 2	8		2 26	—
Semengt-Mehl (höhl.)	3 22	3 29	Hutter-Mehl	1 22	1 22
	3	5			

Verzeichniss

der bei dem Postamte in Posen ankommenden und abgehenden Posten.

Ankommende Posten.	Abgehende Posten.
Post-Post von Wreschen. 3 d. 55 M. fröh.	Post-Post n. Schwerin s. w. 6 U. 45 M. fröh.
- - - - -	Pflaumen 7 - -
- - - - -	Wongrowitz 7 - 20 -
- - - - -	Krotoschin 8 - 20 -
- - - - -	Stenszwo 8 - 10 -
- - - - -	Obornik 8 - 20 -
- - - - -	Ostrobo 8 - 50 -
- - - - -	Kurnik 6 - 35 Nachts.
- - - - -	Krotoschin 8 - 10 -
- - - - -	Wongrowitz 8 - 5 Abend -
- - - - -	Ostrobo 9 - 20 Nachts.
- - - - -	Pflaumen 11 - 30 Nachts.
- - - - -	Wreschen 11 - 45

Eisenbahn-Fahrplan

vom 1. Juli 1872.

Richtung Stargard-Breslau.

Ankunft. Abgang.
Pers.-Zug Mors. (I.—IV.) 4 Uhr 54 Min. Pers.-Zug Mors. (I.—IV.) 5 Uhr 4 Min.
Gem. Zug Mors. (II.—IV.) 7 - 43 - Schnellzug Mittags (I.—III.) 11 - 49 -
Pers.-Zug Nachm. (I.—III.) 8 - 54 - Pers.-Zug Nachm. (I.—III.) 4 - 4 -
Gem. Zug Abends (II.—IV.) 8 - 5 - Gem. Zug Abends (II.—IV.) 6 - 29 -

Richtung Breslau-Stargard.

Ankunft. Abgang.
Gem. Zug Mors. (II.—IV.) 8 Uhr 6 Min. Gem. Zug Mors. (II.—IV.) 6 Uhr 26 Min.
Pers.-Zug Vorm. (I.—III.) 11 - 4 - Pers.-Zug Vorm. (I.—III.) 11 - 14 -
Schnellzug Nachm. (I.—III.) 4 - 49 - Gem. Zug Abends (II.—IV.) 7 - 44 -
Pers.-Zug Abends (I.—IV.) 10 - 47 - Pers.-Zug Abends (I.—IV.) 11 - 33 -

Neueste Depeschen.

London, 17. Februar. Oberhaussitzung. Der indische Staatssekretär erwiedert Sommerjet, daß bei Feststellung der Demarkationslinie in Madras keine geographischen Irrthume untergegangen seien. Die Demarkationslinie folge dem Laufe des Orus bis dahin, wo dieser sich in zwei Abflußtheile teilt. Auf den Rath Rawlinsons habe man den rechten Abfluß gewährt.

Produktions-Bericht.

Magdeburg, 15 Februar Weizen 76—80 Rt. Roggen 55—60 Rt.

Gerste 56—58 Rt. Hafser 45—50 Rt. für 200 Pfds. (B. u. Höls. B.)

Königsberg, 14. Februar Produktions-Bericht. In Quantitäten von 2000 Pfds. (Gewicht). — Weizen loto unveränd. hochbunt 63—68 Pf. B. — Bunter 75—83 Pf. B. rotler 75—82 Pf. B. — Roggen loto loto inländischer 47—52 Pf. B. loto russischer 46—50 Pf. B. pro Gewichtsjahr 50 B. 49 1/2 B. Mai Juni 50 B. 49 1/2 B. — Gerste loto grüne 42—50 B. kleine 42 49 B. — Hafser loto 43—49 Pf. B. pro Gewichtsjahr 40 1/2 B. 39 1/2 B. — Erbsen loto weiß 43—46 Pf. B. grau 42—60 B. grün 42—48 B. — Bohnen loto 40—45 Pf. B. — Widen loto 20—40 Pf. B. — Kürbisse loto kleine 78—90 Pf. B. mittel 65—75 Pf. B. ordinär 45—65 Pf. B. — Rüben loto pro 200 Pfds. 90—100 Pf. B. — Rübsen loto pro 100 Pfds. ohne Saat 12 1/2 Pf. B. — Rübsenfutter pro 100 Pfds. 2 1/2—3 Pf. B. —

Spiritus-Bericht. Spiritus loto ohne Saat per 100 Liter pro 100 Pfds. 18 1/2 B.

Öl 18 1/2 B. — Dralles und in Posten von mindestens 6000 Litres loto ohne Saat 18 1/2 B.

(R. H. B.)

Breslau. (Amelius) Produktions-Bericht vom 17. Februar.

Kleesaat, rohe, ruhig ordinar 11 1/2—12 1/2 feste 14 1/2—15 1/2 hoch 15 1/